

dieser Debatte angemessen. Sie haben das nicht getan. Wir hingegen stehen auf der Seite der Bürger und sagen das auch. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Stinka noch einmal das Wort.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Deppe: Ja, wir, die Bundesbürger, sind Vorreiter, und das trotz einer schwarz-gelben Bundesregierung. Das ist der Hinweis, den man immer geben muss.

(Zuruf von der CDU)

Wenn Sie vorhin Herrn Gabriel angeführt haben, dann ist er es gewesen, der die Roadmap zum Klimaschutz erstellt hat. Und wenn Sie das Konjunkturpaket ansprechen, wäre ich da als CDU-Vertreter mal ganz ruhig,

(Beifall von den GRÜNEN)

denn was im Konjunkturpaket beschlossen wurde, ist zum großen Teil Frank-Walter Steinmeier zuzurechnen.

(Zurufe von der CDU)

Und gerade diejenigen, die sich hier aufschwingen – ich erinnere mal die Kollegen in den ländlichen Räumen daran –, und behaupten, wir hätten Konjunkturmittel für Wirtschaftswege verballert, anstatt sie in Klimaschutz und Schulen zu investieren, denen ist zu sagen: Ein solches Vorgehen können Sie sich nach wie vor ans Bein heften.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie hier davon reden, Kollege Deppe, die Bürger mitzunehmen, dann sollten Sie mal mit Herrn Brockes sprechen: Es sind genau die Bürger, die vorhin angeführt wurden, die dann belastet werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden belastet – auch durch die Debatte um die Verlängerung von Restlaufzeiten –, weil ihnen mit sinkenden Strompreisen Sand in die Augen gestreut wird. Sie sollten den Leuten ehrlicherweise auch sagen, dass das gelogen ist, weil Sie wissen, wie Strompreise entstehen.

Vor dem Hintergrund heißt „die Bürger mitnehmen“ auch – das habe ich vorhin ausgeführt –, dass den Menschen ganz klar gesagt werden muss, dass wir am Beginn ...

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, Sie haben jetzt schon fünf Jahre erzählt. Sie haben weder zum Mittelstand noch zu den Bürgern irgendeine Verbindung. Also hören Sie auf!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir sagen ganz deutlich, dass man, wenn man die Menschen mitnehmen will – so wie wir es jetzt im Klimaschutzgesetz tun werden –, die Klimaschutzziele festlegen muss, statt sich welche einfallen zu lassen. Zweitens muss das im Konsens mit den Leuten mit ganz konkreten Maßnahmen unterfüttert werden – ob wir über Windkraft, Fernwärmeausbau oder Gebäudesanierung reden. Bei der Gebäudesanierung haben Sie vergessen, dass Menschen beispielsweise auch eine Miete zahlen müssen, die sozialverträglich ist. Das müssen wir den Menschen auch deutlich sagen. Wir sind dazu bereit, weil wir ganz klare Vorstellungen haben, wie wir hier in Nordrhein-Westfalen diesen Wandel begleiten werden.

Vor dem Hintergrund bin ich den Bundesbürgern dankbar, dass sie die EEG-Umlage für diesen Umbau bezahlen. Ich bin dankbar denjenigen in den Forschungseinrichtungen, die sich um Klimawandel und tatsächliche Industriepolitik bemühen, und dankbar denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen, die Energieeffizienz erst möglich machen – anders als so eine Lächerlichmachung dieser Cancun-Prozesse durch die CDU- und FDP-Vertreter. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Aussprache zur **Aktuellen Stunde** schließe.

Ich rufe auf:

## 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/200  
Drucksache 15/600 (Ergänzung)

Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/932

Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/933

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 15/900

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/207  
Vorlage 15/73

Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/934

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 15/901

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/927

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU  
Herrn Kollegen Laumann das Wort.

(Rhythmischer Beifall von der CDU)

**Karl-Josef Laumann** (CDU): Sehr geehrte Frau  
Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die  
Landesregierung erwartet heute vom Parlament  
die Zustimmung zu ihrer Haushaltsvorlage. Das ist  
normal. Nicht normal ist, dass die Landesregierung  
ihre eigene Vorlage offenbar für verfassungswidrig  
hält.

(Beifall von der CDU)

Am 6. September stand im „Handelsblatt“, die Minis-  
terpräsidentin habe angekündigt – ich zitiere –, dass  
sie womöglich einen verfassungswidrigen Haushalt  
vorlegen müsse, weil die Belastungen durch die  
WestLB größer ausfielen als erwartet. Die Minis-  
terpräsidentin hat die im „Handelsblatt“ behauptete Be-  
reitschaft, einen verfassungswidrigen Haushalt vor-  
zulegen, nie dementiert.

Das „Handelsblatt“ bezieht sich auf ein Interview am  
3. September. Darin hat Frau Kraft Folgendes er-  
klärt – ich zitiere –: Wir müssen die Vorsorge für die  
WestLB dringend und massiv aufstocken, auch  
wenn das dazu führt, dass der Haushalt die Verfas-  
sungsgrenze noch stärker überschreitet als bei der  
Vorgängerregierung. Aber da bin ich jetzt eindeutig  
für Klarheit im kaufmännischen Sinne.

Zur gleichen Zeit, am 4. September, berichtet die  
„Rheinische Post“ von einem Streit bei der Klausur-  
tagung der Landesregierung. Gegen die WestLB-  
Rücklage, hieß es in der „Rheinischen Post“, soll  
NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans heftige  
Bedenken geäußert haben, weil er die rechtliche Zu-  
lässigkeit dieses Vorhabens bezweifelt. Das berichte-  
ten Personen aus dem Umfeld der Landesregierung.  
Kraft soll den Finanzminister in der Klausur aber zu-  
rechtgewiesen und sich durchgesetzt haben. – So  
weit die „Rheinische Post“.

(Lachen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Ich zitiere das alles, damit hier jedem im Haus klar  
ist: Bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltes  
war von Beginn an die Einhaltung der Verfassung  
für die Landesregierung erklärtermaßen ein nach-  
rangiger Gesichtspunkt.

(Beifall von der CDU)

Die mögliche Verfassungswidrigkeit des Haushaltes  
wurde von der Landesregierung bewusst und billi-  
gend in Kauf genommen. Wer sich gegen diese Re-  
lativierung der Verfassung wehrte, wurde von der  
Ministerpräsidentin zurechtgewiesen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Zwischen der Landesregierung und allen Fraktionen  
dieses Hauses gibt es also heute eine denkwürdige  
Einigkeit. Alle sind übereinstimmend der Auffas-  
sung, dass der vorliegende Haushaltsentwurf, wenn  
er heute Gesetz wird, ein verfassungswidriges und  
damit nichtiges Gesetz sein dürfte. Diese Auffas-  
sung ist auch in den Anhörungen am 28. Oktober  
und 6. Dezember von den Sachverständigen bestä-  
tigt worden.

Alle Einwände der Opposition haben zu keiner sub-  
stanzialen Änderung des Entwurfes geführt. Die  
Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben  
sich bis heute nicht ernsthaft bemüht, die angebli-  
che andauernde Störung des gesamtwirtschaftli-  
chen Gleichgewichtes plausibel zu machen.

(Beifall von der CDU)

Wie soll das auch gehen, wo alle, auch die Landes-  
regierung, die beste Konjunktur seit der Wiederver-  
einigung betonen? Sie haben sich bis heute nicht  
ernsthaft bemüht, darzulegen, inwiefern die im  
Haushalt vorgesehenen Rücklagen zur Beseitigung  
der angeblichen Störungslage tauglich sein sollen.  
Kein Mensch versteht das.

Meine Damen und Herren, das Parlament ist keine  
Kirmesbude und die Verfassung kein Fetzen Papier.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich finde, es ist unerhört, wenn dem Gesetzgeber  
ein Gesetzentwurf zur Verabschiedung vorgelegt  
wird, bei dessen Aufstellung der Gesichtspunkt der  
Verfassungsgemäßheit erklärtermaßen eine unter-  
geordnete Rolle gespielt hat.

Frau Kraft, die Bemerkung, dass Ihnen Klarheit im  
kaufmännischen Sinne wichtiger ist als die Einhal-  
tung der Verfassungsgrenze, wäre Ihnen besser im  
Hals stecken geblieben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zu-  
ruf von der CDU: Richtig!)

Es kommt vor, dass Gesetze im Nachhinein für  
nichtig erklärt werden. Das ist im Übrigen schmerz-  
lich. Ich habe in meiner Ministerzeit selbst einmal  
erlebt, dass ein Gesetz, das ich als Minister zur ver-

antworten hatte – wir haben es gestern korrigiert –, für verfassungswidrig erklärt worden ist. Wenn man im guten Glauben der Verfassungsgemäßheit eines Gesetzes anschließend so etwas vom Verfassungsgericht in Münster einstecken muss, das tut weh. Ich kenne diesen Schmerz; den kennen auch viele andere. Aber wenn man von vornherein einen Haushalt vorlegt, von dem man weiß, dass man damit die Verfassung nicht eingehalten hat, dann halte ich das für einen Bruch der politischen Kultur.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie werden auf die Nase fallen! Das ist Unsinn, was Sie erzählen!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Laumann, entschuldigen Sie, dass ich Sie jetzt unterbreche. Ihr Kollege Laschet würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Ja, bitte schön.

(Unruhe – Zuruf: Machen Sie hier die Klaukade? – Weitere Zurufe)

**Armin Laschet (CDU):** Herr Kollege Laumann, Sie haben gerade an Ihre Ministerzeit erinnert. War das zu Ihrer Ministerzeit auch üblich, dass bei der Rede des Oppositionsführers die gesamte Landesregierung auf der Regierungsbank fehlte, oder ist das ein neuer Stil im Hause?

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Herr Kollege Laschet, Sie wissen, dass sich die alte Landesregierung durch eine hohe Achtung vor dem Parlament ausgezeichnet hat

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sicher! Wie oft haben Sie hier gefehlt!)

und dass wir deswegen immer da waren. Aber von einer Landesregierung, die die Verfassung bei Gesetzen nicht einhält, erwarte ich auch gar nichts anderes mehr.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wo ist denn Herr Rüttgers? – Ulrich Hahnen [SPD]: Wo ist denn Herr Rüttgers?)

Die Ministerpräsidentin hat vor ein paar Tagen in mehreren Interviews erklärt, dass sie bereit ist, auch für 2011 einen verfassungswidrigen Haushalt vorzulegen. Sie will – ich zitiere – 1 Milliarde € mehr ausgeben und in den Bereich der Prävention stecken. Zur Frage der Gegenfinanzierung, Frau Kraft, haben Sie erklärt: Erwarten Sie da keine Riesendeckung. Wir werden auch einen Teil über Neuverschuldung

finanzieren müssen. Das ist so. – So der „General-Anzeiger“ am 4. Dezember.

Ich sage dazu, Frau Kraft: Sie nehmen einen verfassungswidrigen Haushalt 2011 jetzt schon bewusst in Kauf. Sie sind nicht nur finanzpolitisch auf einer Geisterfahrt; noch schlimmer ist, dass Sie auch verfassungspolitisch auf einer Geisterfahrt sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich füge hinzu: Diese Geisterfahrt findet mit Absicht und System statt. Ich habe nämlich gehört, dass die Landesregierung beim Prognos-Institut ein Gutachten über soziale Prävention in Auftrag geben will oder schon gegeben hat. Angeblich soll die Studie in zwei Monaten fertig sein.

Das Drehbuch ist mir jetzt klar. Mitten in der Haushaltsberatung 2011 kommt dann die Landesregierung mit einem Gutachten an die Öffentlichkeit. Mit vielen Zahlen soll dargelegt werden, dass es besser ist, jetzt in Prävention zu investieren, als später Reparaturkosten zu bezahlen. Frau Kraft, für diese Einsicht braucht man kein Gutachten. Sparen Sie das Geld!

Jedes Kind, das zum Zahnarzt muss, weil es seine Zähne nicht gepflegt hat, weiß, dass Prävention besser ist als Reparatur. Jeder Bürger, der bei der Inspektion seines Autos gespart hat und jetzt hohe Reparaturkosten bezahlen muss, weiß, dass Prävention besser ist, als im Nachhinein zu finanzieren.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Daran hätten Sie sich in Ihrer Regierungszeit halten sollen!)

Ich sage Ihnen, warum Sie in Wirklichkeit ein wissenschaftliches Gutachten haben wollen. Sie wollen die Verschuldungsgrenze der Verfassung madig machen. Diese Verschuldungsgrenze stört Ihre Politik. Die Verfassung erlaubt Ihnen die neuen Schulden nicht, die Sie für Prävention aufnehmen wollen. Sie wissen, dass Sie mit dem Haushalt 2011 in diesem Punkt in der Falle sitzen.

Das soll ja angeblich Ihr erster Gestaltungshaushalt werden. Da ist das Korsett eng wegen der Schuldenbegrenzung in der Landesverfassung und wegen der Schuldenbegrenzung in der Bundesverfassung. Mit der Devise „Besser Prävention statt Reparatur“ wollen Sie raus aus dieser Falle. Sie wollen noch einmal einen ganz dicken Schluck aus der Pulle nehmen, ganz egal, was die Landesverfassung sagt, ganz egal, was die Schuldenbremse sagt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da kennen Sie sich ja mit aus!)

Frau Kraft, was ist das für ein Verfassungsverständnis? Woher nehmen Sie das Selbstbewusstsein, die Verfassung zu einer nachgeordneten Instanz zu machen? Mit welcher Überzeugungskraft wollen Sie den Menschen klar machen, dass Recht und Gesetz gelten?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Prävention ist richtig; da sind wir uns alle einig. Aber darum geht es heute überhaupt nicht. Heute geht es darum, dass Prävention verfassungskonform finanziert werden muss. Darin sind wir uns offenkundig nicht mehr einig. Das ist schlimm für die demokratische Kultur in diesem Land. Selbstverständlich kann und wird meine Fraktion einem Haushaltsentwurf nicht zustimmen, von dessen Verfassungsgemäßheit nicht einmal die eigene Landesregierung überzeugt ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist auch an der Zeit, klar zu sagen, wer bei dieser finanzpolitischen Geisterfahrt auf dem Beifahrersitz das Navigationsgerät bedient. Es ist der Kollege Zimmermann von der Linken. Am 5. Dezember hat der Kleine Parteitag der Linken beschlossen, dass der Nachtragshaushalt heute durchgewunken werden soll.

Zwei Tage vorher, am 3. Dezember, hat sich der Kollege Zimmermann in einem Interview auf viele Gespräche mit der SPD und den Grünen bezogen, und er hat erklärt, dass mit dem Nachtragshaushalt die Haltelinie der Linken eingehalten würde.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Richtig!)

Weiter hat er gesagt, dass die Fraktion Die Linke sich fortgesetzt um Gespräche mit der Regierungspartei bemüht, um noch mehr von den eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Ein Ergebnis dieser Gespräche steht heute zur Abstimmung: der erste reguläre gemeinsame Antrag von Grünen, SPD und Linken über zusätzliche Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Da gab es schon mehrere Anträge!)

Frau Kraft, Ihr Spiel ist durchsichtig und brandgefährlich.

(Beifall von der CDU)

Sie können noch so viel vom bunten Abstimmungsverhalten des Landtages erzählen. Die Wahrheit ist: Sie stoppen nicht vor der Haltelinie der Verfassung, sondern vor der Haltelinie der Linken.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Kollege Priggen weiß das. Der Kollege Römer weiß das. All die aufrechten Sozialdemokraten in diesem Hause wissen das. Und auch die Nachdenklichen bei den Grünen wissen das.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Laumann.

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Weil sie das alle wissen, machen sie betretene Gesichter, wenn die Kolleginnen und Kollegen der Linken einmal ganz

ungeschminkt reden, wenn zum Beispiel der Kollege Sagel im Innenausschuss in Richtung CDU sinngemäß sagt: Ihr mit eurer Nazivergangenheit.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig! Arbeiten Sie die endlich auf! – Zurufe von der CDU)

Grüne und Sozialdemokraten, die dabei waren, tun so, als müsste man das nicht ernst nehmen, weil der Kollege Sagel immer noch in der Pubertät stecke. Ich sage Ihnen: Der meint das ernst, was er sagt.

(Gunhild Böth [LINKE]: Ja! – Zurufe von der CDU: Pfui!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Laumann.

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Wenn zum Beispiel der Kollege Michalowsky im Ältestenrat sagt, dass Franz Josef Strauß durch seine Milliardenkredite für eine Laufzeitverlängerung der DDR gesorgt habe und dass sich deshalb die Union viele Tote an der Mauer und viele unschuldige Gefängnisinsassen in der DDR zuzurechnen hätte,

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Pfui!)

ist das verquasteste Gefasel. Aber warum machen Sie betretene Gesichter, wenn so etwas gesagt wird? Frau Kraft, Frau Löhrmann, Herr Priggen und Herr Römer, das sind Ihre Partner, die so reden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Laumann, der Kollege Börschel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie das zulassen.

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Nein, ich möchte jetzt vortragen. – Das sind diejenigen, die Sie in diesem Land wissentlich und wesentlich mitregieren lassen.

Kollegin Beuermann von den Linken hat die Verhältnisse am vergangenen Freitag im Europa- und Eine-Welt-Ausschuss mit drei Worten auf den Punkt gebracht. Sie hat, wie mir berichtet wurde, einen Satz mit den Worten begonnen: Wir als Regierung ...

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Sie werden immer wieder einmal froh sein, wenn die Linken gegen eine Regierungsvorlage stimmen oder wenn Sie einmal eine Mehrheit ohne die Linken hinbekommen. Aber die Fassade ist längst eingestürzt. Sie reden nicht einfach nur mit den Linken, wie es sich unter Kolleginnen und Kol-

legen gehört, sondern Sie sprechen Ihre Politik und Ihr Regierungshandeln mit der Linksfraktion ab.

(Zuruf von der CDU: Das merkt man!)

In den Ausschusssitzungen der letzten Wochen im Vorfeld des Parteitags der Linken und im Vorfeld der heutigen Plenardebatte waren diese Absprachen klar und deutlich zu sehen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Nordrhein-Westfalen hat keine Minderheitsregierung mehr. Nordrhein-Westfalen hat eine informelle rot-rot-grüne Koalition.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Ihre Behauptung, dass Sie sich nicht von den Linken tolerieren lassen wollen, hat sich leider als Täuschung erwiesen. Den Preis für die Täuschung werden die Menschen in Nordrhein-Westfalen und die Menschen in anderen Bundesländern bezahlen, die über den Länderfinanzausgleich die Zeche am Ende mitbezahlen müssen.

Ich habe nicht das geringste Problem damit, Frau Kraft, dass Sie das Soziale in den Vordergrund Ihrer Politik stellen. In unserem Bekenntnis zum Sozialstaat sind wir uns wahrscheinlich sogar sehr einig. Wir unterscheiden uns, wenn es um die Frage geht, was konkret getan werden muss, damit der Sozialstaat zukunftsfest ist.

Da gibt es eine ganz einfache Wahrheit: Sich etwas leisten zu können heißt, so viel zu machen, wie man bezahlen kann. Das Geld, das wir brauchen, um den Sozialstaat zukunftsfest zu machen, kann von den Banken nur geliehen werden, wenn es erwirtschaftet wurde. Wer sich etwas leistet, was er nicht bezahlen kann, den bestraft das Leben.

Wenn sich ein Staat dauerhaft mehr leistet, als in ihm erwirtschaftet wird – siehe Griechenland und Irland –, geht es am Ende schief.

(Beifall von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Was mich am meisten umtreibt: Die Leidtragenden sind am Ende diejenigen, die auf die Solidarität angewiesen sind. – Diese einfache Wahrheit ist die Weisheit, die hinter der Schuldengrenze der Verfassung steht.

Ich finde es wichtig, immer wieder zu betonen, dass unsere Verfassung die Verfassung eines Sozialstaates ist. Wer meint, er dürfe sich außerhalb der Verfassung bewegen, weil er mit der Kreditemächtigung für soziale Prävention etwas Gutes bewirken will, hat etwas Grundsätzliches nicht verstanden.

Ich war in den vergangenen Jahren oft verärgert über die Häme, die manche Sozialdemokraten und grünen Kolleginnen und Kollegen über die Landesregierung ausgeschüttet haben, der ich selbst angehört habe. Sozialschauspielerei haben sie uns vorgeworfen, weil wir die Haushaltskonsolidierung

und die wirtschaftliche Vernunft ganz oben auf die politische Agenda gesetzt haben. Das war an Dummlichkeit nicht zu überbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der linken Hälfte des Hauses, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille sind, kapieren Sie nicht. Den Sozialstaat machen Sie zukunftsfest, wenn Sie für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen und die öffentlichen Haushalte konsolidieren. Wenn Sie das nicht tun, ist bald nicht mehr genug Geld für unsere Frauenhäuser, für die Drogenberatung,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das müssen Sie gerade sagen!)

für Integrationskurse, für Kinderbetreuung, für Theater, für Krankenhäuser, für Altenpflege und für vieles mehr da.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD: Unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Was tun Sie, Frau Kraft? Sie wollen im Frühjahr 1 Milliarde € über verfassungswidrige Schulden in die soziale Prävention investieren. Gleichzeitig setzen Sie mit Verfahrenstricks alles daran, dass in demselben Frühjahr in Datteln eine Investitionsruine von über 1 Milliarde € steht.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Besser kann man sich das Elend nicht vor Augen halten. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sind unter dem Druck der grünen Dagegenpartei und der Linken jetzt schon auseinandergefallen wie noch nie in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

„Es ist zu bedauern, dass wir zurzeit eine Landesregierung haben, die sich über die Zukunftsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen als Wirtschaftsstandort offensichtlich überhaupt keine Gedanken macht.“

Das sage nicht ich, sondern das sagt Christoph Blume, Chef des Düsseldorfer Flughafens, am 29. November dieses Jahres.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Weiter sagt Herr Blume:

„Landespolitik kann sich nicht darauf beschränken, zu erklären, was zukünftig nicht mehr geht. Sie muss Potenziale zeigen, die uns im Wettbewerb der Regionen eine gute Ausgangsbasis verschaffen.“

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wie schreibt die „WAZ“ am 28. November 2010: „Wirtschaft fremdelt mit Wirtschaftsminister.“ Noch keine Landesregierung, noch kein Wirtschaftsminister hat es geschafft, das Verhältnis zur Industrie so

schnell zu zerrütten wie der jetzige Wirtschaftsminister.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

„Noch schlimmer als protokollarische Missachtungen ist aus Sicht der Wirtschaft die offensichtliche Gegnerschaft, in die sich der Minister zur Industrie begibt.“

(Widerspruch von Minister Guntram Schneider)

Was ist aus der einst stolzen Industriepolitik der Sozialdemokraten hier im Westen geworden?

(Zurufe von der CDU: Gar nichts!)

Sozialdemokraten leisten in Datteln den Offenbarungseid.

(Lachen von Nadja Lüders [SPD])

Sie leisten zwischen Krefeld und Dormagen den Offenbarungseid. Sie leisten an den Flughäfen den Offenbarungseid. Sie brüskieren die Industrie. Sie müssen sich in der Gestalt von Guntram Schneider von Gewerkschaften auspeifen lassen, die um die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder bangen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Minister Guntram Schneider)

Sie finden die Schuldengrenze der Verfassung störend. Sie machen Verfassungsbruch mit Ansage. Dann schwatzen Sie von sozialer Prävention. Frau Kraft, ich glaube nicht, dass die Menschen Ihre finanzpolitische und verfassungsrechtliche Geisterfahrt dauerhaft mitmachen werden. Wir wollten das wissen. Deshalb haben wir in der letzten Woche eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben. 64 % der Menschen wollen, dass die Schuldenbremse in der Verfassung in Nordrhein-Westfalen kommt.

(Zuruf von Michael Aggelidis [LINKE])

55 % finden es besser, zu sparen, als Wahlversprechen mit neuen Schulden zu erfüllen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

60 % finden, dass Sparen im Vergleich zu Einnahmeerhöhungen das bessere Mittel ist, um die Verschuldung in den Griff zu bekommen.

(Zuruf von der CDU: Recht haben sie! – Ulrich Hahnen [SPD]: 100 % finden es gut, dass Sie abgewählt worden sind!)

63 % finden, dass zusätzliche Steuereinnahmen besser für den Schuldenabbau als für mehr Leistungen ausgegeben werden sollten.

(Beifall von der CDU)

Ich finde diese Erhebung ermutigend. Die Menschen, die oft mit knappen Einkommen haushalten

müssen, haben ein sicheres Gespür: Sie wissen, wer die Zeche der Überschuldung zahlen muss.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie wissen, dass Konsolidierungspolitik Sozialpolitik ist.

Frau Kraft, Sie tun so, als wäre der verfassungswidrige Haushalt, den Sie uns heute zumuten, gar nicht Ihr Haushalt. Sie wollen uns diesen Haushalt mit der Schlussbilanz in die Schuhe schieben. Das ist großer Unfug; das wissen Sie auch.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von Heike Gebhard [SPD])

Was wir getan hätten, wenn wir noch in der Regierungsverantwortung wären, steht in unserem Entschließungsantrag.

(Zuruf von der SPD: „Wenn“! Das haben Sie aber nicht getan!)

Wir hätten unsere erfolgreiche Konsolidierungspolitik fortgesetzt und damit einen wesentlichen Beitrag zur Zukunft unseres Sozialstaates geleistet.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Was ist denn daran erfolgreich? 130 Milliarden € Schulden!)

Wir hätten alles objektiv Mögliche getan, um die hohe Neuverschuldung aus der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder zurückzuführen. Wir hätten vor allen Dingen bei unserem Regierungshandeln die Verfassung unseres Landes Nordrhein-Westfalen geachtet und beachtet. – Schönen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von Stefan Zimkeit [SPD] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das haben Sie doch auch nicht getan! Verfassungsbruch! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Römer das Wort.

**Norbert Römer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute bei der dritten Lesung des Nachtrags Haushalts für das Jahr 2010. Das ist, Herr Kollege Laumann, in erster Linie – dabei bleibe ich auch – eine Schlussabrechnung mit der abgewählten Landesregierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Quatsch!)

Aber das sind auch 156 Tage erfolgreiche rot-grüne Regierungsarbeit. Und es kommen noch viele hinzu.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von CDU und FDP – Norbert Post [CDU]: Ist schon Karneval? – Weitere Zurufe)

Mit Verlaub, Herr Kollege Laumann: Ihre Rede war ein weiterer Beleg dafür, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen völlig richtig gehandelt haben, als sie Sie wieder auf die Oppositionsbänke geschickt haben. Da gehören Sie auch hin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben in Düsseldorf eine Koalition gebildet, der im Landtag eine Stimme zur absoluten Mehrheit fehlt, falls Sie einmal vollzählig sein sollten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Es ist eine Koalition – auch das bringe ich immer wieder gerne in Erinnerung –, die noch keine Abstimmung im Plenum verloren hat.

Selbstverständlich geben wir gerne zu, dass alles neu ist. Die Regierung Rüttgers ist nach nur einer Amtsperiode abgewählt worden. Das hat es noch nie gegeben.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Wie war denn Ihr Wahlergebnis? – Gegenruf von Günter Garbrecht [SPD]: Das Thema ist schon zehnmal verfrühstückt worden!)

Es war eben doch nur eine Episode und nicht, wie Sie immer großspurig angekündigt haben, eine längere Strecke.

Es gibt fünf Fraktionen im Landtag. Auch das ist neu, meine Damen und Herren, und erfordert einen anderen Umgang miteinander. Es ist aber auch eine Chance für das Parlament.

Heute ist die neue Landesregierung mit zwei Frauen an der Spitze schon 156 Tage erfolgreich bei der Arbeit. Ich sage das noch einmal, damit sich das bei Ihnen richtig festsetzt.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Mehr und mehr, meine Damen und Herren von CDU und FDP, macht sich auch bei Ihnen die Einsicht breit: Das mit der neuen Regierungskoalition wird gut gehen. Das wird eine lange Strecke mit denen in Nordrhein-Westfalen werden.

(Zurufe von der CDU)

Also richten Sie sich auf eine lange Zeit auf den Oppositionsbänken ein. Denn da passen Sie hin, da gehören Sie auch hin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von Norbert Post [CDU])

Selbst der neue Generalsekretär der CDU – ich habe das mit Interesse zur Kenntnis genommen – ist inzwischen in der Realität angekommen. Er rechnet gar nicht damit – wahrscheinlich hätte er beim Blick

in die Landeskasse der CDU ansonsten einen Schreck bekommen –, dass es Neuwahlen geben könnte, denn er sagt: „Bis zu Neuwahlen wird es deshalb länger dauern, als alle glauben.“ Recht hat er. Das habe ich Ihnen immer gesagt. Richten Sie sich darauf ein.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, merken doch, dass sich in diesem Land etwas positiv verändert. Es geht voran.

(Lachen von der CDU – Klaus Kaiser [CDU]: Was denn?)

– Das sage ich Ihnen gleich. Ganz geduldig bleiben. – Manchmal haben Sie mit Ihrem Abstimmungsverhalten dazu beigetragen, dass es in diesem Land besser wird. Machen Sie das weiter. Das ist gut für uns.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Ja, ich gebe gerne zu: Nach fünf Jahren Schwarz-Gelb gibt es große Erwartungen an diese Koalition: in den Kindertagesstätten, in den Schulen, in den Universitäten, in den Unternehmen, in den öffentlichen Verwaltungen und vor allem in den Kommunen. Sie wissen, dass sie jetzt von denen, die in Düsseldorf regieren, wieder ernst genommen werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir helfen den Kommunen, weil das für unser Land ganz wichtig ist.

Herr Kollege Laumann, neue Perspektiven für die soziale Sicherheit zu entwickeln, haben wir nicht nur in unserem Wahlprogramm versprochen, sondern auch in unseren Koalitionsvertrag hineingeschrieben. Das werden wir mit ganz konkretem Regierungshandeln hier auch im Landtag umsetzen, damit das im Land gespürt wird. Neue Perspektiven zu entwickeln – aufgrund des Wahlverhaltens der Leute wissen Sie ja, was Sie da versäumt haben –, heißt vor allem, Politik immer ganz nah an den Interessen der Menschen zu machen. Das erfordert gute stichhaltige Argumente in der Sache – ich gebe das gerne zu –, viel Geduld und viel Kompromissbereitschaft, viel Zeit und vor allem viele Gespräche, lieber ein Gespräch mehr als eins zu wenig. Sie haben in Ihrer Regierungszeit kaum Gespräche mit Betroffenen geführt.

(Andreas Krautscheid [CDU]: Unsinn!)

Allenfalls haben Sie sie draußen als Demonstrantinnen und Demonstranten zur Kenntnis genommen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Wir machen aus Betroffenen Beteiligte, und die wissen das zu schätzen. Die kommen in Scharen hier in den Landtag, wenn wir sie einladen, mit uns darüber zu reden, wie wir die Zukunft in Nordrhein-Westfalen gestalten, meine Damen und Herren. Das ist der Unterschied zu Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir haben versprochen, unseren Beitrag für eine faire Gesellschaft zu leisten. Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft der fairen Regeln, eine, in der sich Leistung tatsächlich wieder lohnt und Grundlage für eine sichere Existenz sein kann. Sichere Existenz, Kollege Laumann, hat etwas mit Mindestlöhnen, mit Mindestabsicherung, vor allen Dingen mit stabilen sozialen Verhältnissen zu tun. Auch deshalb machen wir ein Tariftreuegesetz.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir brauchen also eine leistungsstarke, eine solidarische und eine gerechte Gesellschaft, eine, die einen handlungsfähigen Staat zum Partner hat, der kommunalfreundlich und kinderfreundlich ist. Einen handlungsfähigen und einen starken Staat brauchen die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir führen heute diese Debatte, weil Sie, Herr Kollege Laumann, weil Sie, Herr Laschet, weil Sie, Herr Papke – Wo ist er? Ach da. –,

(Dr. Gerhard Papke [FDP] verlässt den Sitzungssaal. – Zuruf von der SPD: Er geht schon noch Hause!)

in den vergangenen fünf Jahren genau das Gegenteil davon gemacht haben. Sie haben dabei in Ihrer Buchhaltung getäuscht und getrickst, um irgendwie über den Wahltermin zu kommen. Die Menschen im Land haben das durchschaut. Deshalb sitzen Sie doch jetzt wieder da. Ich wiederhole das gern, damit das bei Ihnen auch endlich ankommt: Sie sitzen wieder da, wo die Menschen Sie am liebsten sehen, nämlich auf den Oppositionsbänken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Der heutige Tag – Schlussabstimmung über den Nachtragshaushalt 2010 – ist für meine Fraktion, für die beiden Regierungsfractionen und für mich daher auch die Schlussabrechnung mit der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung. Es ist gleichzeitig die Schlussabrechnung mit Ihrer verfehlten und falschen Politik. Meine Damen und Herren, damit das ein für alle Mal klar ist: „Privat vor Staat“ ist ein für alle Mal vorbei in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Kollege Laumann, ich sage das an dieser Stelle noch einmal: Wir müssen die schwarzen Löcher stopfen, die Sie uns hinterlassen haben. Und das sind riesige Löcher. Und wenn wir glauben, wir hätten gerade eins gestopft, dann tut sich ein neues vor uns auf, Herr Kollege Laumann, weil Sie getrickst haben, weil Sie Verstecken gespielt haben, weil Sie verschoben haben. Das ist Ihre Hinterlassenschaft, mit der räumen wir auf.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben höchstrichterliche Urteile einfach ignoriert. Augen zu und durch – das war doch Ihre Devise. So sind Sie überall im Land aufgetreten. Sie haben den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren buchstäblich in den Sand gesetzt, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und Sie haben die Kommunen finanziell ausgeplündert, einen Raubzug durch die kommunalen Kassen veranstaltet. Sie haben die Kommunen – das nehmen die Ihnen doch so bitter übel, vor allen Dingen die CDU-Kommunalpolitikerinnen und -politiker – zu Bittstellern degradiert. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, und wir werden das reparieren!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit die politische Kultur in unserem Land auf ein Niveau heruntergebracht, das viele nicht für möglich gehalten hätten, ich im Übrigen auch nicht. Sie haben in diesen fünf Jahren – Datteln lässt grüßen – so viel Murks gemacht, dass es Jahre dauern wird, um das zu reparieren. So viel Murks haben Sie uns hinterlassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Manchmal meine ich – ich spüre das ja auch –, die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP haben sich bis heute von diesem Schock noch nicht erholt.

Die FDP – das werden wir gleich wieder erleben – gefällt sich ja inzwischen in der Rolle des Wadenbeißers. Gut, ich gebe es gerne zu: Wenn man um das politische Überleben kämpfen muss, fällt einem vielleicht nicht jeden Tag eine konstruktive Idee ein. Das verstehe ich ja. Der Kollege Papke wird uns gleich wieder eine Kostprobe dessen, was wir so an ihm schätzen, geben. Würde er doch nur einmal ein Moment innehalten, würde er es nur einmal mit ein bisschen selbstkritischer Reflexion versuchen, würde er uns nicht ständig mit einer Selbstbeweihräucherung nerven, als würde er jeden Tag das Rad neu erfinden, dann wäre das gut für dieses Haus, gut für die politische Kultur und gut für Ihre eigene Stabilität, damit Sie wieder festen Boden unter die Füße bekommen, Kolleginnen und Kollegen der FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben ja jetzt schon Angst vor seinen Antworten!)

Noch eins – der Kollege Laumann hat das ja vorhin auch angesprochen –: Ich glaube nicht, dass der Verfassungsgerichtshof in Münster als unser höchstes Gericht in Nordrhein-Westfalen ein Beschäftigungsprogramm braucht, wie Sie das gerade offensichtlich auflegen. Sie drohen fast jede Woche mit

einer Verfassungsklage, tun so, als hätten Sie eine Zwölferkarte nach Münster gekauft. Lassen Sie das sein! Das bringt überhaupt nichts!

Herr Kollege Laumann, ich will auf Ihren Vorwurf an die Landesregierung eingehen und mit einem Zitat vom 26. Oktober 2005, Plenarprotokoll 14/10, des damaligen und jetzt abgewählten Finanzminister Linssen antworten.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Der hat bei der Einbringung des Nachtragshaushalts 2005 Folgendes gesagt:

„Nach Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung dürfen die aufgenommenen Kredite die Summe der Investitionen nicht überschreiten. Das aber ist in diesem Jahr erneut der Fall. Kurzum:“

– Herr Kollege Laumann, jetzt sollten Sie genau zuhören! –

„Auch im Jahr 2005 wird der Landeshaushalt nicht den Anforderungen von Art. 83 der Landesverfassung entsprechen, und ich füge hinzu: auch nicht entsprechen können.“

So Helmut Linssen, damaliger Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich! – Gegenruf von Heike Gebhard [SPD]: Zitat, nicht „unglaublich“!)

Herr Kollege Laumann, so, wie Sie sich vorhin präsentiert haben, mache ich mir – ich gebe es gerne zu – richtig Sorgen um den Zustand der CDU. Das sage ich ganz ohne Häme und Schadenfreude.

(Unruhe bei der CDU)

Sie sitzen ja auf der Oppositionsbank. Aber ich füge hinzu: Wir brauchen Sie als funktionsfähige Opposition. Nur dann können Sie konstruktiv sein. Also: Strengen Sie sich an, damit Sie endlich wieder Ordnung in Ihren Laden bekommen! Auch andere machen sich Sorgen um Sie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Zeitungen sind voll damit. Ich zitiere aus dem „Westfälischen Anzeiger“ vom 11. Dezember 2010. Das ist eine etwas längere, sehr anspruchsvolle Passage. Ich zitiere Zeile für Zeile.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Machen Sie keine Vorlesestunde! Erzählen Sie etwas zur Politik!)

– Hören Sie einmal gut zu. Das ist ein schönes Zitat. Vor allen Dingen ist das ein Zitat aus einer Zeitung, der ansonsten sehr viel daran gelegen ist, nahe bei der CDU zu sein.

Ich zitiere:

„Mehr als ein halbes Jahr nach der verlorenen Landtagswahl ist die CDU in NRW weit davon

entfernt, wieder auf die Beine zu kommen. Der neue CDU-Landeschef Norbert Röttgen ist seit seiner Wahl vor fünf Wochen kaum spürbar in seiner neuen Rolle. Es gibt keinen Aufbruch, keine Euphorie und vor allem keine Linie in der NRW-CDU – nicht in der Schulfrage, nicht beim Kindergartenausbau, auch nicht bei den Kommunal финанzen. Das ganze Land diskutiert mit Leidenschaft über solche Fragen, auch die vielen kommunalen Mandatsträger der CDU.

Auf Landesebene dagegen ziehen es die Christdemokraten weiterhin vor, beleidigt zu sein. Nicht anders ist der Frontalangriff auf ihren eigenen Mann Eckhard Uhlenberg in dieser Woche zu verstehen. Weil die CDU wieder einmal eine Abstimmung verlor, zieht sie nun gleich vors höchste NRW-Gericht. Ohne Not beschädigt sie mit dem Landtagspräsidenten eines ihrer treuesten und loyalsten Mitglieder – als ob sich Eckhard Uhlenberg eines schweren Vergehens schuldig gemacht hätte.“

(Christian Weisbrich [CDU]: Nicht Eckhard Uhlenberg!)

„Dabei hat er in Wahrheit doch lediglich versucht, ein wenig Ordnung in eine etwas unübersichtliche Abstimmung zu bringen.“

(Zurufe von der CDU: Oh!)

„Den Gang vor das Verfassungsgericht muss Fraktionschef Laumann nun mehr fürchten als Uhlenberg. Statt die CDU in der Opposition gut aufzustellen, verzettelt er sich in rechthaberischem Kleinklein. Nicht nur für Außenstehende ist das kaum nachvollziehbar. Dem politischen Gegner spielt Laumann einmal mehr in die Hände.“

Herr Kollege Laumann, dieses Zitat besagt alles über den Zustand Ihrer Partei. Ich will dieser Standortbestimmung überhaupt nichts mehr hinzufügen, mache mir aber Sorgen, dass Sie kaum noch auf die Beine kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Damit das unter uns klar ist, füge ich hinzu: Bezüglich Ihres Angriffs auf den amtierenden Präsidenten sage ich zu, dass sich der Präsident dieses Hohen Hauses jederzeit der Loyalität und Unterstützung unserer Fraktion sicher sein kann. Das bleibt auch so, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU] meldet sich zu Wort.)

Jüngstes Beispiel für die trudelnde CDU ist ihr Verhalten beim Staatsvertrag zum Jugendmedienschutz. Der abgewählte Ministerpräsident hat diesen Staatsvertrag ausgehandelt und unterzeichnet.

(Zuruf von der SPD: Wo ist er denn?)

Kurz vor Torschluss, Herr Kollege Krautscheid, fällt Ihnen als ehemaligen Medienminister dieses Landes ein, dass der Staatsvertrag doch nicht so doll sei. Sie vergessen alle Regeln und allen Anstand und beschließen einstimmig, das, was Sie gestern selber ausgehandelt und beschlossen haben, heute abzulehnen. Das ist eine Rolle Rüttgers in Reinkultur. Dafür sollten Sie sich schämen. Das ist politische Geisterfahrelei auf Kosten von Kindern und Jugendlichen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und dann versuchen Sie auch noch, von Ihrem eigenen Verhalten abzulenken, und wollen uns, den regierungstragenden Fraktionen, die Schuld in die Schuhe schieben. Und der CDU-Landesvorsitzende Röttgen ist sich nicht zu schade dafür, dies auch noch zu unterstützen. Das ist dreist, ein schlimmer politischer Sittenverfall. Lassen Sie das sein. Bringen Sie endlich wieder Ordnung in Ihre eigene Reihen. Kümmern Sie sich um sich selbst – damit haben Sie genug zu tun – und lassen Sie vor allen Dingen uns mit Ihren inneren Auseinandersetzungen in Ruhe, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir reden über den Nachtragshaushalt.

(Stürmischer Beifall von der CDU und von der FDP – Armin Laschet [CDU]: Sie wollen doch gar nicht darüber reden!)

Schlussabrechnung mit Ihrer Politik: gescheitert, falsche Politik, verfehlte Politik.

(Zurufe von der CDU)

Und weil wir über Finanzen reden, will ich Ihnen eines nicht ersparen, Herr Kollege Laschet, weil Sie so schön dazwischen rufen:

(Armin Laschet [CDU]: Jugend- und Medienschutz!)

Wer so unfähig ist wie die CDU in Nordrhein-Westfalen, sorgfältig mit den eigenen Finanzen umzugehen,

(Armin Laschet [CDU]: Wir wollen über den Haushalt reden!)

der sollte bei diesem Thema mit Kritik an anderen sehr zurückhaltend sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, ich will Sie in diesem Zusammenhang etwas fragen. Hat Ihnen eigentlich Ihre Frau, nachdem die Berichte über die marode Landeskasse der CDU öffentlich geworden sind, schon die häusliche Kontovollmacht entzogen? – Recht hätte sie eigentlich.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Meine Damen und Herren, wir tun nichts anderes, als die Finanzen des Landes wieder auf eine ehrliche, auf eine solide Basis zu stellen – ohne Tricks, ohne doppelten Boden. Wir bringen wieder Wahrheit und Klarheit in den Haushalt dieses Landes. Das ist entscheidend.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es stimmt: Insgesamt sieht der Nachtragshaushalt neue Schulden in Höhe von 8,4 Milliarden € vor. Kredite sind aber notwendig, um die Beschlüsse, die Finanzrisiken der abgewählten schwarz-gelben Koalition, die Sie uns hinterlassen haben, abzusichern; denn das ist die traurige Abschlussbilanz von fünf Jahren Regierung Rüttgers. Ich sage Ihnen aber auch in aller Offenheit: Zukunftsfähige Haushaltspolitik funktioniert nicht mehr in den Kategorien, in denen Sie denken.

(Armin Laschet [CDU]: In der Kategorie der Verfassung!)

Da hilft es nicht, das Verfassungsgericht anzurufen, nur weil Sie das nicht verstehen oder verstehen können. Sie werden endlich lernen müssen, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Die traditionellen Handlungsinstrumente der Fiskalpolitik helfen zukünftig kaum weiter.

(Lachen von der CDU – Armin Laschet [CDU]: Sie sind doch nicht der griechische Finanzminister!)

– Wir sehen Ihr Ergebnis. Lassen Sie uns darüber in Ruhe reden. Ich lade Sie dazu ein, mit uns zu diskutieren.

Der Weg, Stellen zu streichen – das sage ich auch selbstkritisch an unsere eigene Adresse – und große Ausgabenblöcke vor allem im sozialen Bereich zu kürzen, war in der Vergangenheit selten erfolgreich. In den allermeisten Fällen war er sogar sozialpolitisch kontraproduktiv – auch darauf hat der Kollege Laumann hingewiesen –, unsolidarisch und ungerecht. Sie wissen doch selbst: Wegen weitgehend fehlender Steuererhebungskompetenz des Landes sind unsere Möglichkeiten, zu einer deutlichen Einnahmensteigerung zu kommen, eingeschränkt. Der Ruf nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die dem Lande ja unmittelbar zugutekäme, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der zu einer gerechteren Lastenverteilung führen würde, und die Einführung einer Börsentransaktionssteuer, die die Gesellschaft wenigstens teilweise am Gewinn von Finanzgeschäften beteiligen würde, ist ja bislang von der Bundesregierung – Schwarz-Gelb –

(Zuruf von der SPD: Zurzeit noch!)

ungehört geblieben. Dazu lade ich Sie herzlich ein: Unterstützen Sie uns doch dabei, dies auch in Berlin durchzusetzen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unseren Antrag haben Sie abgelehnt!)

dann würden Sie dem Land und den Menschen im Land einen guten Dienst tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Tatsache ist, viele der den Haushalt belastenden Ausgaben sind Reparaturkosten. Das ist ja wie immer: Wenn notwendige Investitionen und Instandhaltung versäumt werden, dann wird die Reparatur umso teurer.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was wahr ist, muss auch wahr bleiben!)

Wir werden durch Prävention, durch Vorsorge zukünftig sozialpolitisch bedingte Folgekosten vermeiden oder zumindest deutlich herabsenken. Das wird unsere nachhaltige Politik sein. Nachhaltige Haushaltskonsolidierung heißt deshalb zu allererst: Wir müssen den Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder Handlungsfähigkeit zukommen lassen.

(Zurufe von der CDU: Ausreden!)

Wir müssen Ihnen neue Zukunftsperspektiven eröffnen. Eine vorbeugende, eine aktive Sozialpolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie Land und Kommunen gemeinsam gestalten und auch gemeinsam umsetzen, und dafür werden wir in der Zukunft sorgen. Wir werden in diesem Hohen Haus noch viel Gelegenheit haben, auch darüber zu reden und darüber zu entscheiden. Denn das, was wir heute in vorsorgende Strukturen investieren, wird sich mittel- und langfristig auszahlen, im Bildungs- und im Sozialbereich. Das entlastet zukünftig auch Städte und Gemeinden, das stärkt unsere Gesellschaft. Das ist der richtige Weg. Deshalb werden wir diesen Weg auch konsequent gehen, meine Damen und Herren. Das wird die Politik dieser Landesregierung sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Christian Möbius [CDU]: Die Verfassung mit den Füßen treten!)

Meine Damen und Herren, es gibt viele gute Gründe, jetzt Vorsorge zu treffen, auch für die WestLB, denn die Zuführung zum Risikofonds WestLB ist unbedingt notwendig. Der Bestand des Sondervermögens beläuft sich derzeit auf rund 1,16 Milliarden €. Experten sagen aber – Sie haben das doch mitbekommen –, dass mit einem Anteil des Landes aus der 5-Milliarden-€-Garantie in Höhe von mindestens 2,42 Milliarden € zu rechnen ist.

(Christian Möbius [CDU]: Wann denn?)

Das sind dann rund 1,3 Milliarden € zu wenig an Vorsorge. Das werden wir jetzt reparieren. Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, haben die bisherigen Zuführungen nahezu ausschließlich durch Kredite und nicht etwa durch Haushaltsüberschüsse finanziert. Das gilt im

Übrigen auch für alle anderen Fonds: für den Abrechnungsfonds, für die Versorgungsrücklage und für den Versorgungsfonds. Ihr Einwand, dass die Mittel voraussichtlich kurzfristig nicht benötigt werden, trägt nicht. Es ist doch gerade Sinn und Zweck einer Vorsorge, mittel- bis langfristig feststehende Belastungen in der Zeit, also auf der Strecke, auch zu verteilen. Zur Begründung der Kreditaufnahme hat der Finanzminister gestern alles Notwendige gesagt.

Meine Damen und Herren, wir entscheiden also heute über den Nachtragshaushalt, über die Beseitigung des Scherbenhaufens, den Sie uns hinterlassen haben – finanziell und inhaltlich. Deshalb wird dieser Nachtragshaushalt hier im Parlament – da bin ich sehr zuversichtlich – auch die entsprechende Mehrheit bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit Blick auf die Zukunft werden wir uns selbstverständlich, meine Damen und Herren, auf die Projekte konzentrieren, von denen ich gerade einige angesprochen habe. Sie werden zu einer Entwicklung beitragen, die unser Land in eine

(Christian Möbius [CDU]: Schuldenfinanzierte Zukunft führen!)

bessere und in eine vernünftige Zukunft bringt.

Ja, meine Damen und Herren, wir werden das im Bereich der Bildung, im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen angehen. Vor allem die Förderung von Kindern, von nachwachsenden Generationen vor der Schule, in der Schule und nach der Schule ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass es auch zukünftig Wohlstand in unserem Land gibt. Und dafür werden wir auch das notwendige Geld in die Hand nehmen. Diesen Mut werden wir aufbringen, weil das wichtige Zukunftsinvestitionen sind, und unser Land wird davon profitieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich stelle fest: Mit der Abstimmung über den Nachtragshaushalt 2010 ziehen wir heute den Schlussstrich unter eine fünfjährige schwarz-gelbe Regierungsperiode. Und in nur 156 Tagen haben wir inzwischen erfolgreich korrigiert, was die abgewählte Regierung unter Rüttgers uns an Fehlentwicklungen, an kostenträchtigen Gerichtsurteilen und an zerstörtem Vertrauen hinterlassen hat. Indem wir unsere politischen Schwerpunkte bei Bildung, bei Kindern, bei Jugend und Familie und bei der ökologischen Erneuerung unseres Landes setzen, schaffen wir die neuen Perspektiven für eine soziale Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Das wollen und das brauchen die Menschen.

Das beginnen wir mit der Abstimmung über den Nachtragshaushalt 2010, und das werden wir fortsetzen; seien Sie da sicher. Wir führen unser Land – da bin ich sehr zuversichtlich – in eine gute Zu-

kunft mit Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann an der Spitze dieser Landesregierung,

(Christian Weisbrich [CDU]: Und der Linken!)

zwei Frauen, die für solide Arbeit stehen. Wir machen das alles, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft haben, meine Damen und Herren. Glück auf für unser Land!

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Priggen.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Laumann, ich musste mir erst einmal die Zitate, die Sie eben so wunderbar geliefert haben, herausuchen. Es ist schon eigenartig, wenn Sie sagen, wir seien verfassungspolitisch auf einer Geisterfahrt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Jawohl!)

Lieber Herr Laumann, wer als Landesregierung sieben Verfassungsklagen verloren hat, von denen zwei wieder im Nachtragshaushalt auftauchen und für die wir Zeche bezahlen, sollte ganz, ganz vorsichtig sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, ich komme darauf nachher noch einmal zurück.

Nennenswerte Aktivitäten der CDU-Fraktion unter Ihrer Führung: bisher null! Die Ankündigung von Verfassungsklagen macht bald eine ganze Handvoll aus, jede Woche ein oder zwei. Seien Sie also ganz vorsichtig mit diesem Vorwurf.

Zweitens. Sie sagen, es gebe 63 % Zustimmung bezüglich der Verwendung von Steuermehreinnahmen. Ich hatte die Pressemeldung auch gelesen. Eine der Zahlen ist das Gegenstück von dem, was Sie in der Regierung in Berlin machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat angefangen mit dem Steuersenkungsdelirium im Januar – darauf kommen wir nachher noch – bis hin zu dem, was in den letzten Wochen noch passiert ist. Das Gegenteil also von dem, was Sie hier sagen, machen Sie in Berlin.

Drittens – ich habe nur drei Ihrer Zitate ausgewählt –: Sie sind verärgert über die Häme, die die SPD und die Grünen über die alte Landesregierung in den vergangenen Jahren ausgeschüttet hatten. Herr Laumann, ich komme nachher noch einmal darauf zurück. Jetzt nur so viel: Wenn ich mich an die Anfangszeit Ihrer Regierung erinnere, wie Sie – das

war gar nicht mal gegen uns gerichtet – mit Frau Kraft als Person umgegangen sind,

(Heike Gebhard [SPD]: Das war sogar unter der Gürtellinie!)

dann wäre ich mit solchen Behauptungen ganz vorsichtig. Darin lag mehr Häme, als wir über Sie in Ihrer Regierungszeit Ihrer Ansicht nach ausgeschüttet hätten.

Heute ist die letzte größere Debatte zu diesem Haushalt. Wir haben ihn eingebracht und erst noch gestern diskutiert. Es ist ein Stück weit eine Debatte – entsprechend hat Herr Laumann auch gesprochen –, in der eine Bilanz über das gezogen wird, was seit der Landtagswahl im Mai und dem Regierungswechsel geschehen ist. Den Nachtragshaushalt und zwei Gesetze haben wir gestern beraten und beschlossen bzw. werden sie heute in dritter Lesung verabschiedet. Und das ist ein Stück weit – ich kann mir auch vorstellen, dass das weh tut – Aufräumarbeit der Dinge, die Sie uns hinterlassen haben. Das ist die nüchterne Bilanz. Zu einem gewissen Teil nehme ich das, was Sie eben gesagt haben, als Wundschmerz darüber, dass Sie jetzt realisieren müssen, dass dieser Prozess, nach fünf Jahren Regierungszeit abgewählt worden zu sein, einer ist, der in eine gewisse brutale Realität führt.

Wir haben gestern als Erstes eine kleine Schulnovelle beschlossen, mit der wir viele Zusagen eingelöst haben, mit der wir die Kopfnoten abschaffen und die Schuleingangsbezirke wieder ermöglichen. „Ermöglichen“ ist ja das Merkmal auch anderer Dingen, die wir machen. Wir ermöglichen und schaffen nämlich Freiräume. Damit korrigieren wir Fehlmaßnahmen, die Sie beide von Schwarz-Gelb in ihrer Regierungszeit gemacht haben.

Wir gehen auch hin und schaffen die Grundlagen dafür, dass sich die Kommunen der demografischen Realität stellen können. Auch von CDU-Kollegen geführte Kommunen kommen jetzt in dieser Realität an und sagen: Wir wollen die Möglichkeiten, die die neue Landesregierung uns eröffnet, prüfen und auch nutzen. – Das war das Erste, was wir heute in dritter Lesung verabschiedet.

Das Zweite ist das Stadtwerkegesetz, und es zeigt am allerdeutlichsten, dass Sie in der Regierung, maßgeblich von der FDP getrieben, das allerhärteste, restriktivste Stadtwerkegesetz aller 16 Bundesländer in der Bundesrepublik gemacht haben.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut war das!)

Selbst Frau Thoben hat noch vor der Landtagswahl versucht, diese Auswüchse zu korrigieren, hat es aber nicht geschafft. Sie hat sich nicht durchsetzen können, weil Herr Papke ein Veto eingelegt hat. Wir haben das korrigiert. Ich kann verstehen, dass Sie das ärgert, wenn zwischen Handwerk und Stadtwerken ein Konsens darüber besteht, wie der § 107 geändert werden soll, und wir das dann umsetzen.

Das ärgert Sie. Sie hätten es besser vorher gemacht, vielleicht wäre die Quittung dann ein kleines bisschen geringer ausgefallen. Das sind Aufräumarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir kommen auch mit dem Nachtragshaushalt heute zu Aufräumarbeiten nach dem Regierungswechsel. Es ist völlig klar: Sie haben 2010 nicht alle Risiken in den Haushalt eingestellt, die Sie hätten einstellen müssen. Das haben Sie nicht gemacht. Das sind Risiken, die man absehen konnte und die das Verfassungsgericht noch einmal in sein aktuelles Urteil hineingeschrieben hat. Sie haben gegen die Konnexität bei den Kommunen verstoßen. Ein Teil genau dieser Schlussrechnung steht im Nachtragshaushalt.

Wir haben schon bei der Einbringung im Detail darüber geredet. All das, was Sie in Bezug auf Personalstellen kritisiert haben, wurde durch Briefe, die Herr Uhlenberg noch als Minister an Sie und die Herr Diegel als CDU-Regierungspräsident geschrieben hat, ausgelöst und ist Teil des Nachtragshaushaltes.

Wir bilden die Risiken jetzt korrekt ab. Dass Sie nicht zustimmen werden, das war mir klar. Das kann man auch nicht erwarten. Wenn wir mit dem Nachtragshaushalt eine Schlussbilanz Ihrer Regierungstätigkeit im Finanzbereich machen, können Sie nicht zustimmen.

Ich hätte aber erwartet, dass die Kollegen von der Linken bei der Schlussbilanz zustimmen. Sie haben sich anders entschieden. Das muss man akzeptieren; aber dazu später noch mehr.

Eines ist mir ganz wichtig: Die Kommunalfreundlichkeit, die gerechte Behandlung der Kommunen, sowohl was die finanziellen Mittel angeht – keinen Raubzug zulasten der Kommunen im Landeshaushalt zu machen – als auch was die Gerechtigkeit gegenüber den Kommunen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten angeht, ist bei uns eindeutig stärker ausgeprägt. Das ist auch ein Teil der Quittung, die Sie gekriegt haben.

Ich habe das Schulgesetz und das Stadtwerkegesetz angesprochen. Aber auch im Nachtragshaushalt haben wir genau diese Positionen. Der Kollege Engel hat gestern gesagt, wir raubten den Kommunen mit Unterstützung der Kommunen die Kraft zum Mentalitätswechsel. Genau dieser Zynismus gegenüber den Kommunen hat Ihre Regierungstätigkeit geprägt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich finde es – ehrlich gesagt – ein Stück aus dem Tollhaus, wenn Sie sich hier als finanziell solide Interessensverwaltung einer generationengerechten Finanzpolitik darstellen. Das ist wirklich unglaublich. Ich nehme nur das Jahr 2010, nur dieses eine Jahr, weil einem das natürlich durch den Wahlkampf seit

Januar ganz frisch in Erinnerung ist. Sie haben in Berlin dieses ominöse Wachstumsbeschleunigungsgesetz unterstützt:

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

880 Millionen € Belastung für Nordrhein-Westfalen jedes Jahr. Sie unterstützen die Brennelementesteuer. Für die habe ich als Grüner durchaus Sympathien. Die könnte dreimal so hoch sein. Aber die Einnahmen der Brennelementesteuer gehen ausschließlich an den Bund. Die Verluste tragen wir. In diesem einen Punkt sind das 120 Millionen € jährlich für Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihre Konsequenz: 1 Milliarde € allein aus diesen beiden Punkten. Wenn wir das auffangen wollten, müssten wir 20.000 Stellen einsparen. Das können wir aber nicht.

Das Allerletzte: Nach dem ganzen Steuersenkungsdelirium der FDP gibt es jetzt diese kleine Mogelpackung der Steuervereinfachung. Das sind noch einmal 590 Millionen €. Auch dafür zahlt Nordrhein-Westfalen zum Teil die Zeche. Das ist Ihre permanente Politik. Nur in diesem einen Jahr machen drei Positionen über 1 Milliarde € aus. Das können wir nicht auffangen. Sie wissen ganz genau, dass das nicht geht. Sie haben willfährig Anfang des Jahres mitgemacht, statt die Interessen des Landes zu vertreten.

Wenn wir hier ein Stück weit allgemein bilanzieren – das hat Herr Laumann gemacht; ich will gerne darauf eingehen –: Wir alle haben mit dem Ergebnis der Landtagswahl bzw. mit den fünf Fraktionen nicht gerechnet. Niemand hatte auf der Agenda, dass es hier nachher als einzige stabile Lösung eine Minderheitsregierung gibt, die 90 Stimmen hat

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– ja, Herr Dr. Papke, ich wäre ganz ruhig; wir können zu Ihnen gerne gleich noch kommen –, während die versammelte Opposition 91 Sitze hat. Ich sage – dabei bleibe ich auch –, das schützt auch ein Stück weit vor Arroganz, weil man immer wieder Gespräche mit den anderen suchen muss, und zwar mit allen. Dass der Gesprächsfaden – das gebe ich ehrlich zu – zur FDP noch am stärksten gestört ist, bedaure ich; aber das hat auch bestimmte Gründe. Das kann man verbessern, das sollte man verbessern. Aber wenn jemand nicht mit einem reden will, muss man es auch nicht tun.

Ich will mich an dieser Stelle – weil auch dafür heute die Gelegenheit sein soll – aber eindeutig bei beiden Fraktionen für die außerordentliche Disziplin bedanken. Denn es ist sehr anstrengend. Es ist ein hohes Maß an Kommunikation notwendig. Und wenn man ehrlich bilanziert: Bei der SPD sind von 67 Kollegen 30 neu, und bei uns Grünen sind von 23 Kollegen 13 neu. Gerade für die neuen Kolleginnen und Kollegen ist es eine außerordentliche Anstrengung und Herausforderung. Ich will mich einfach für die Form der Zusammenarbeit, für die Art

der Zusammenarbeit und für die Disziplin, die hier an den Tag gelegt worden ist, bedanken. Wir werden im nächsten Jahr genauso weitermachen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte gerne etwas differenziert auf die Opposition eingehen. Natürlich haben Sie von der CDU – ich komme jetzt zur Linken – an der Stelle völlig recht: Wir haben ab und zu aus meiner Sicht absolut skurrile Debatten. Ich war ganz froh, dass Herr Laschet im Ältestenrat mitgekriegt hat, welche Diskussionen wir in Teilen in dem einen Sondierungsgespräch hatten. Natürlich ist es völlig absurd, Nordrhein-Westfalen als ein Land zu bezeichnen, das auch nur im Ansatz totalitären Staaten ähnelt. Das ist völlig absurd. Und natürlich ist es so, dass mit dem Kollegen Michalowsky ab und zu die revolutionäre Kavallerie durchgeht.

Zur Frage Strauß und zu den Milliardenkrediten an die DDR kann man im Prinzip nur sagen: Die Politik der Bundesregierung – die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR, die Ostpolitik Willy Brandts auch in Richtung Polen – ist die Grundlage dafür gewesen, dass wir in einem friedlichen Prozess zur Wiedervereinigung gekommen sind. Darüber müssen wir nicht streiten. Das war in der langen Entwicklung die Grundlage. Das ist von mehreren Bundesregierungen gemacht worden. Nur so sind wir zur Wiedervereinigung gekommen – ohne dass es an der Stelle einen Toten gegeben hat. Darüber haben wir einen Konsens. Deswegen müssen wir uns, wenn Einzelne solche Ausfälle zeigen, darüber auch nicht erregen. Ich will jetzt wirklich nicht in die historische deutsche Debatte gehen. Aber weil Sie es angesprochen haben, will ich Ihnen darauf antworten.

Andererseits will ich eines ganz klar sagen: Wir sind ein Fünf-Fraktionen-Parlament. Wir brauchen den Dialog. Und natürlich nutzen die Kolleginnen und Kollegen von der Linken die Chance, Vorstellungen durchzusetzen, wenn sie offen mit uns reden. Das machen sie; das ist auch völlig in Ordnung so.

Herr Laumann, das stimmt doch nicht: Sie sprachen von dem ersten Antrag von Rot-Grün-Links. Wir haben mit der CDU zusammen, würde ich sagen, in diesem Parlament während dieser Legislaturperiode mehr Anträge beschlossen als mit den Kollegen von der Linken. Wir haben sie zu Recht in vernünftiger Weise beschlossen. Ich sage das nur, weil Sie es so darstellen, dass ein Antrag von drei Fraktionen zur Frage der Steuerfahnder der Sündenfall sei. Ich kenne das Parlament nur so: Die Regierung hat immer recht, die Oppositionellen sind immer die Deppen und werden mit der Mehrheit niedergeknüppelt. So war das „immer“.

Jetzt haben wir ein Parlament, in dem es vorkommen kann, dass eine junge Kollegin wie Anna Conrads als Einzige von 180 Abgeordneten merkt, dass in einem Gesetz ein Fehler enthalten ist, und einen

Änderungsantrag stellt, Zustimmung von der FDP, von der SPD, von den Grünen und von ihren eigenen Leuten erhält und diesen Änderungsantrag durchbringt. Das hat es in den Legislaturperioden zuvor nie gegeben. So etwas geht jetzt.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wir haben bei Abstimmungen ja des Öfteren erlebt, dass FDP und Linke irgendwie zusammenkommen. Ich habe Herrn Engel eben mit seinem Zynismus gegenüber den Kommunen zitiert – das war für mich so eine Art liberaler Trotzismus, den ich da durchgehört habe, eine Verelendungstheorie gegenüber den Kommunen. Da gibt es Affinitäten.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und von der SPD)

Das heißt, es gibt einen Teil der Opposition, die die Möglichkeiten intelligent nutzt. Und es gibt nach meinem Eindruck – das muss ich ehrlich sagen – einen Teil der Opposition, der in Richtung substanzlose Fundamentalopposition unterwegs ist. Das muss man sich gut überlegen.

Mir muss wirklich jemand den Sinn der Verfassungsklage gegen den CDU-Landtagspräsidenten klarmachen. Wenn ich Oliver Keymis vors Verfassungsgericht zitieren würde – was ich ja nie tun werde –, würde meine Partei mich fragen: Wer gewinnt eigentlich bei der Nummer?

(Heiterkeit von den GRÜNEN, von der SPD, von der LINKEN und von der Regierungsbank)

Gewinnt die CDU die Klage, ist der Landtagspräsident beschädigt. Verliert sie die Klage – was ich glaube; denn ich glaube, dass er korrekt gehandelt hat –, ist sie beschädigt. Was ist der Benefit dabei? Und was ist die politische Strategie der größten Oppositionsfraktion?

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Bauernschläue!)

Der Kollege Krautscheid ist jetzt nicht im Saal. Ich frage nach dem strategischen Sinn der Operation zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Wir haben zum nächsten Punkt eine Vorlage auf dem Tisch, die die Unterschrift von Herrn Dr. Rüttgers trägt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wo ist der eigentlich?)

Die ist im Kabinett beschlossen worden, zusammen mit den beiden FDP-Ministern, die jetzt nicht da sind, und zusammen mit einer Reihe von Regierungsgliedern, die hier jetzt auch ein Mandat haben. Ich nehme Herrn Witzel ab: Die Fraktion hat nicht gewusst, was die Regierung getan hat. – Von mir aus! Aber sein Verfassungsschutzminister stimmt zunächst für eine Vorlage, die auf dem Tisch liegt, und stimmt später in der Fraktion einstimmig

dafür, dass diese Vorlage für grundgesetzwidrig erklärt wird. Das kann nur die FDP, das kann keine andere Partei.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann bitte ich einfach darum, dass mir von den CDU-Kollegen einmal erklärt wird, was denn aus ihrer Sicht der Sinn der Operation ist.

Herr Laumann, Sie haben vorhin gesagt, die Minister seien nicht alle im Saal. Herr Krautscheid hat hier eben mit Herrn Rimmel geredet; alle Minister sind im Haus und arbeiten. Ich sage ohne Häme: Bei Ihnen fehlt auch jemand Wichtiges. Man sollte nicht mit dem Finger auf andere zeigen, wenn man selber Verluste hat, die auch namhaft sind.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Jetzt sage ich einmal: Wir sind 2000 abgewählt worden. Dann sind Sie nach 39 Jahren an die Regierung gekommen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: 2005!)

– Entschuldigung! 2005 sind wir abgewählt worden. Sie sind an die Regierung gekommen. Das war eine harte Niederlage, die mussten wir auch wegstecken. Dann muss man den Kopf herunternehmen, dann muss man arbeiten, und dann muss man wieder nach vorne kommen.

Ich habe die Häme gegenüber Frau Kraft erlebt, die damals Fraktionsvorsitzende wurde. Ich sage es jetzt einmal auf Deutsch: Als die großen Männer – Müntefering, Clement, Steinbrück – nach Berlin gegangen sind, da hat Frau Kraft den Kopf hingehalten und hat am Anfang viel, viel Häme abgekriegt, als vor allen Dingen die FDP vor Übermut nicht laufen konnte.

Aber dieses Jahr war Ihr Jahr! Frau Kraft und Frau Löhrmann, das war Ihr Jahr. Dazu herzlichen Glückwunsch! Ich hoffe auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber wir sind nicht zufällig gewählt worden, und Sie sind nicht zufällig abgewählt worden. Sie müssen erkennen, was die Gründe dafür sind. Daran müssen Sie arbeiten. Ich kann aber nicht erkennen, dass Sie daran arbeiten. Aber wer an diesen Punkten nicht arbeitet, der kann sich auch nicht vernünftig neu aufstellen. Deswegen müssen Sie sich entscheiden. Das ist jetzt ein Prozess, der dauert ein bisschen; das ist völlig in Ordnung. Sie müssen sich entscheiden: Machen Sie Fundamentalopposition – das hat auch eine Konsequenz –, oder nutzen Sie die Chancen, die Sie haben, ein Stück weit etwas durchzusetzen?

Ich kann nur sagen: Wir machen unsere Arbeit. Es gibt keine andere stabile Konstellation. Wir machen die Arbeit. Es ist eine harte Arbeit. Wir gehen auch immer wieder auf Sie zu. Wir setzen die Arbeit fort im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Wir laden herzlich ein: Machen Sie keine Fundamentalopposition, gehen Sie ein Stück weit mit uns zusammen! Es geht um die Menschen draußen, für die wir hier arbeiten. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Papke.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist die heutige Debatte über den Nachtragshaushalt von Rot-Grün die geeignete, die angemessene Gelegenheit, eine erste politische Zwischenbilanz über die Arbeit der rot-grünen – vielleicht sollte man inzwischen besser sagen: der rot-rot-grünen – Landesregierung der letzten Monate zu ziehen.

(Lachen von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Zu viel der Ehre!)

Herr Kollege Römer hat das unter die Überschrift gestellt: Es geht voran. – Herr Kollege Römer, das ist eine Aussage, die Sie, mit Verlaub, in Ihrer Rede nicht vermittelt haben. Diese Aussage „Es geht voran“ hat mich ein bisschen an den Kapitän der Titanic erinnert. Der hat auch gesagt „Es geht voran“, als er sein Schiff mit Volldampf gegen einen Eisberg gesteuert hat, Herr Kollege.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der LINKEN und von Britta Altenkamp [SPD])

Herr Kollege Priggen, es ist natürlich Aufgabe der Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, hier auf die Opposition loszugehen. Das ist völlig klar; das gehört mit zur Stellenbeschreibung. Was ich aber schade finde, ist, dass Sie von Ihrer Amtsvorgängerin diesen oberlehrerhaften Ton übernommen haben,

(Lachen von den GRÜNEN und von Britta Altenkamp [SPD])

wissen Sie, und das auch noch in der Sache völlig unangemessen. Ich will das einmal an einem Beispiel verdeutlichen. Sie versuchen allen Ernstes, Ihr Abstimmungsdesaster beim Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Opposition in die Schuhe zu schieben.

(Beifall von der FDP – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Was Sie hier abgeliefert haben, war doch eine Bankrotterklärung von Regierungsmanagement.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Ministerpräsidentin, hören Sie einen kleinen Moment zu! Ich werde mich gleich auch noch mit Ihrer Politik ...

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Jetzt habe ich doch das Wort, Herr Präsident. Oder hat es die Ministerpräsidentin?

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Wir sind jetzt aber nicht am Kabinetttisch. Wir sind im Landtag, Frau Ministerpräsidentin. Hier hat der Redner das Wort, dem der Präsident das Wort erteilt hat.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Haben Sie mir noch etwas mitzuteilen? Sie werden doch mutmaßlich gleich auch noch das Wort ...

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Zurufe von der SPD)

– Dann hören Sie mir doch einfach mal zu!

Beim Jugendmedienschutz-Staatsvertrag haben SPD und Grüne ihre Abgeordneten über Wochen zuagitiert, sie müssten aus staatspolitischer Verantwortung diesem Staatsvertrag zustimmen. Dann haben Sie unmittelbar vor der Ziellinie doch kapituliert, Frau Ministerpräsidentin.

(Karl Schultheis [SPD]: Unsinn!)

Eine schlimmere Bankrotterklärung für eine Landesregierung kann es nicht geben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie haben doch damit angefangen, sich aus der Staatsverantwortung zu stehlen! Sie haben sich doch gleich in die Büsche geschlagen!)

Auf der MPK haben Sie erklärt, Nordrhein-Westfalen werde natürlich zustimmen. Das haben Sie den anderen Ministerpräsidenten doch mitgeteilt. Und dann müssen Sie unmittelbar vor der Abstimmung feststellen,

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

dass Sie es nicht hinkriegen, Frau Ministerpräsidentin. Das war doch gestern das Desaster, über das Sie, Herr Kollege Priggen, heute auch nicht einfach hinwegtäuschen können.

(Markus Töns [SPD]: Das Desaster haben Sie angerichtet! – Karl Schultheis [SPD]: Sie sind selbst ein Desaster!)

Sie haben es nicht hinbekommen. Ich weiß ja, wie schwer es für Regierungen ist, Mehrheiten zu organisieren. Sie haben alle gemeinsam – SPD, Grüne und Landesregierung – in dieser Frage gestern kapitulieren müssen. Das ist die Realität, Herr Kollege Priggen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, in den ersten Monaten Ihrer Amtszeit sind Sie den Nachweis schuldig geblieben, dass Sie unser Land wirklich gut regieren können. Die letzten Monate seit dem Regierungswechsel waren keine gute Zeit für Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, das Land gut zu regieren setzt voraus, Probleme zu erkennen

(Karl Schultheis [SPD]: Eines der Probleme sind Sie!)

und diese Probleme dann auch politisch zu lösen oder zumindest auf die Problemlösung hinzuwirken.

Sie, Frau Ministerpräsidentin, machen bisher das Gegenteil. Sie ignorieren Probleme, die politisch gelöst werden müssen. Oder – noch schlimmer – Sie definieren Probleme einfach weg, wie wir das hier in vielen Jahren der Landespolitik noch nie erlebt haben.

Das abschreckendste Beispiel für diese Verantwortungsverweigerung Ihrer Regierung debattieren wir heute: die Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Noch nie in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich eine Landesregierung so dreist vom Ziel der Haushaltskonsolidierung verabschiedet

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Doch, Sie!)

wie Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Rot-Grün legt den Menschen in Nordrhein-Westfalen mit diesem Nachtragshaushalt ein vergiftetes Geschenk unter den Weihnachtsbaum. Das ist die Realität, mit der wir uns hier und heute parlamentarisch auseinandersetzen müssen.

(Serdar Yüksel [SPD]: Vergiftet ist Ihre Rede!)

Das finanzpolitische Credo Ihrer Regierung lautet: Wir kümmern uns gar nicht mehr um die Einnahmen, um das Erwirtschaften; wir kümmern uns ab jetzt nur noch um das Ausgeben. – Das macht ja auch mehr Spaß. Aber so können Sie Ihrer Verantwortung für Nordrhein-Westfalen in der Haushaltspolitik nun einmal nicht gerecht werden, Frau Ministerpräsidentin.

Ihre Regierung versucht nach wie vor, die Bürger nicht nur über die Haushaltssituation des Landes hinwegzutäuschen, sondern auch über die Mehrheitsbildung im Landtag, über die eigentliche mehrheitliche Unterstützung für Ihre Regierung. Sie leugnen beharrlich – mich frappt das immer –, dass es überhaupt eine Unterstützung der Linken für Ihre Regierung gibt. Sie geben landauf, landab fröhlich Interviews und tun so, als würden die Linken Sie nicht tolerieren.

Ohne deren Unterstützung säßen Sie nicht auf diesem Stuhl, Frau Ministerpräsidentin. Ohne die Unterstützung der Linksextremen würden wir heute nicht über den Nachtragshaushalt 2010 debattieren.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Dann gäbe es aber auch keinen CDU-Landtagspräsidenten!)

Den hätte Ihr Finanzminister dann gar nicht eingebracht, weil er dafür keine Mehrheit bekommen hätte. Herr Kollege Priggen und Herr Kollege Römer haben doch wochenlang – wir haben es auch hier im Plenum beobachten können – mit den Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei gerungen, um sie endlich dazu zu bewegen, Ihren Nachtragshaushalt durchzuwinken.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Welche Glas-  
kugel haben Sie denn?)

Natürlich heißt das im Klartext, dass Ihre Landesregierung durch die Linksextremisten systematisch toleriert wird, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist die Wahrheit. Täuschen Sie die Öffentlichkeit nicht länger darüber hinweg!

Die 200 neuen Stellen in der Finanzverwaltung sind ein Teil dieser Verabredung. Das ist doch völlig klar.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD] – Serdar Yüksel [SPD]: Sie sind die Partei der Steuerhinterzieher! Deshalb! – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Das ist der Deal, der mit den Linken gemacht worden ist. Ein Teil des Deals sind 200 neue Stellen im öffentlichen Dienst als Gegenleistung für die Enthaltung der Linkspartei beim Nachtragshaushalt.

Genauso werden wir das auch beim Haushalt 2011 erleben. Wir sind jetzt schon gespannt darauf, was die Linken dann einfordern werden. Ich habe die Ahnung, zu dem Forderungskatalog von Herrn Sagel und den Seinen wird gehören, dass die Beobachtung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz endlich eingestellt wird.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hoffentlich!)

Ich prophezeie jetzt schon: Das wird in das Verhandlungspaket vonseiten der Linken hineinkommen. Mal schauen, wie Sie dann mit dem Thema umgehen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Da täuschen Sie sich aber, Herr Papke! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir lassen Sie beobachten! – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Frau Ministerpräsidentin, in besonderem Maße enttäuscht uns – das darf ich hier auch noch sagen –, dass die neue politische Kultur,

(Serdar Yüksel [SPD]: Was verstehen Sie denn von Kultur?)

die Sie in Ihrer Regierungserklärung dem Parlament versprochen haben, nicht von Ihnen respektiert oder gar befördert worden ist – nicht im Ansatz.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Börschel?

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Von wem?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Von Herrn Dr. Börschel.

(Heiterkeit – Martin Börschel [SPD] schüttelt den Kopf.)

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Von Herrn ...?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Von Herrn Kollegen Börschel.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Börschel. Also nicht mehr? Oder bezog sich Ihr Kopfschütteln nur auf die Promotion honoris causa?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Der Doktor ist falsch; der ist von mir.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Vielleicht ein andermal, Herr Kollege Börschel. Okay?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Also nehmen wir einfach den Kollegen Börschel. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Nein.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Nicht. Gut. Okay.

(Unruhe)

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Entschuldigung, Herr Präsident, dass ich mich nicht klar genug ausgedrückt habe.

(Anhaltende Unruhe)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Kolleginnen und Kollegen, das war mein Versprecher, nicht der Versprecher von Herrn Dr. Papke. Ich bitte jetzt darum, dem Kollegen Dr. Papke wieder zuzuhören. Er hat hier das Wort. – Bitte schön.

**Dr. Gerhard Papke** (FDP): Danke schön, Herr Präsident. – Frau Ministerpräsidentin, ich darf Sie aus Ihrer Regierungserklärung zitieren:

„Wir bieten eine neue politische Kultur zwischen den politischen Parteien und eine Politik des Dialogs mit allen gesellschaftlichen Kräften an, damit wir gemeinsam die besten Lösungen für unser Land Nordrhein-Westfalen entwickeln können ...“

Das haben Sie gesagt.

(Beifall von der SPD)

Die Wahrheit ist: Je enger die Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der Linkspartei wird, desto weniger haben die regierungstragenden Fraktionen Skrupel, bewährte Regeln des demokratischen Parlamentarismus mit Füßen zu treten. Das ist die Entwicklung, die wir hier in den letzten Wochen erlebt haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Kollege Römer, weil Sie das angesprochen haben, will ich es hier noch einmal aufgreifen. Ich bin jetzt im elften Jahr Mitglied dieses Parlaments – unter wechselnden Regierungen.

(Serdar Yüksel [SPD]: Und nichts gelernt! – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wahrscheinlich zu lange!)

Das, was Mitglieder der Landesregierung hier aufgeführt haben, als der sitzungsleitende Präsident in der letzten Plenarwoche ein Abstimmungsergebnis gegen Rot-Grün festgestellt hat, das habe ich noch nie erlebt. Es spottete jeder Beschreibung:

(Serdar Yüksel [SPD]: Meinen Sie Ihr Verhalten?)

dass von den Regierungsbänken gegen den sitzungsleitenden Präsidenten angepöbelt worden ist. Das ist die Realität!

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Und das geht nicht. Das hat nichts mit dem neuen politischen Stil zu tun.

(Serdar Yüksel [SPD]: Sie haben doch politisch geschottert!)

Das gilt auch für die Frage, wie in den letzten Tagen in den Ausschüssen miteinander umgegangen worden ist.

(Beifall von der FDP)

Wenn ein 28 Seiten umfassender Änderungsantrag zur Gemeindeordnung kurz vor der Ziellinie in die Ausschüsse eingebracht wird, dann war es in diesem Haus immer selbstverständliche demokratische Sitte, dass die Oppositionsfraktionen die Möglichkeit bekommen, eine neue Anhörung zu beantragen und auch durchzuführen.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Das haben wir, als wir die Mehrheit hatten, selbstverständlich respektiert. Das wischen Sie einfach beiseite.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was haben Sie denn mit der Anhörung gemacht? Nichts!)

Obwohl neue Artikel in die Gemeindeordnung eingeführt werden, haben Sie unser selbstverständliches Oppositionsrecht auf eine neue Anhörung einfach mit Mehrheit – mit den Linken – brutal niedergestimmt, Frau Ministerpräsidentin! Das ist die Realität zum Thema „Neue politische Kultur“.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ihr heimlicher Koalitionspartner, die Linkspartei, topt allerdings alles. Das ist wohl richtig. Zum Verfassungsschutz: Herr Kollege Priggen, Sie haben versucht, das zu verniedlichen, zu entschuldigen, mit Herrn Michalowsky wären die revolutionären Pferde durchgegangen. Es ist interessant, dass Sie hier schon die Linke verteidigen. So einfach lassen wir solche Vorgänge nicht auf sich beruhen. Wir werden nicht akzeptieren, dass der Verfassungsschutz, der unsere freiheitlich-demokratische Ordnung beschützt und verteidigt, als Instrument totalitärer Staaten diffamiert wird,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

ohne dass SPD und Grüne einer solchen Diffamierung durch Exponenten der Linkspartei offen widersprechen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit und keine Kleinigkeit!

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Dahinter steht doch eine gezielte Strategie, meine Damen und Herren: Der Verfassungsschutz soll eingeschüchtert, der soll mundtot gemacht werden. Die Linke will Druck auf den Verfassungsschutz ausüben, die weitere Beobachtung einzustellen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sprechen Sie doch mal zum Haushalt, Herr Papke!)

Das ist die Strategie, die Sie verfolgen.

Ich darf dazu die Leiterin des Verfassungsschutzes zitieren – ich weiß nicht, ob Ihnen, Herr Kollege Priggen, das bekannt ist –, die vor wenigen Wochen im Innenausschuss vor den Abgeordneten des Landtages von Nordrhein-Westfalen zur Linkspartei Folgendes gesagt hat:

Der nordrhein-westfälische Landesverband gilt innerhalb der Linkspartei als einer der radikalsten. Er distanziert sich nicht von gewaltbereiten linken Autonomen und verweigert eine klare Distanzierung vom DDR-Unrechtsregime. Zudem lässt die Partei extremistische Zusammenschlüsse in ihren Reihen zu und hält Kontakte zu extremistischen Organisationen im In- und Ausland.

Das ist Ihr Koalitionspartner, Frau Ministerpräsidentin!

(Beifall von der FDP und von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Herr Papke, mit Verlaub, Sie haben heute Ihre Narrenkappe vergessen!)

Dazu passt, dass der migrationspolitische Sprecher der Linken in einer Presseerklärung behauptet – ich weiß nicht, ob dem Hohen Hause das bekannt ist; ich zitiere –, dass in Deutschland 65 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs Roma und andere Minderheiten nach Ex-Jugoslawien deportiert würden. – So äußert sich ein Mitglied der Linksfraktion: Menschen würden deportiert. Wissen Sie, wovon Sie reden? Wissen Sie, mit welchen Begriffen Sie hier operieren? Das ist eine Ungeheuerlichkeit, eine Relativierung – auch mit Blick auf die Verbrechen, die früher leider von Deutschen begangen worden sind. Auch dazu, Frau Ministerpräsidentin, würde ich mir ein klarstellendes, zurückweisendes Wort von Ihnen persönlich in dieser Landtagsdebatte sehr wünschen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Der Nachtragshaushalt, über den wir heute debattieren und abstimmen, ist ein bedrückendes Dokument der Verantwortungslosigkeit der Regierung Kraft – ein bedrückendes Dokument der Verantwortungslosigkeit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja, die Presse hat es verstanden, mein Gott!)

Mit der höchsten Neuverschuldung, die Nordrhein-Westfalen je erlebt hat, Frau Ministerpräsidentin, werden Sie die Schuldenkönigin der Nation.

(Serdar Yüksel [SPD]: Das ist Ihre Bilanz, Herr Papke! Reden Sie nicht so einen Quatsch!)

Kein anderes Bundesland kommt jetzt, kurz vor Ende des Jahres, angesichts erfreulicherweise massiv anziehender Konjunktur und sprudelnder Steuerquellen auf die Idee, die Neuverschuldung zu erhöhen. Das gibt es in keinem anderen Bundesland, nur in Nordrhein-Westfalen.

Es ist nachweislich falsch, wenn Sie behaupten, alle Vorgängerregierungen wären – das ist auch Ihr Credo – am Ziel der Haushaltskonsolidierung gescheitert. Wir sind nicht am Ziel der Haushaltskonsolidierung gescheitert.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von der SPD: Nein?)

Wir haben in unserer Regierungsverantwortung von 2005 bis 2008 die Nettokreditaufnahme von 6,7 Milliarden auf 1,1 Milliarden € gesenkt. Wenn wir nicht die Risikovorsorge für die WestLB hätten vornehmen müssen, hätten wir einen Überschuss von 164 Millionen € erwirtschaftet. Wir waren mit unserer Politik der Haushaltskonsolidierung erfolgreich.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ihre Haushaltspolitik, Frau Ministerpräsidentin, würde jeden normalen Bürger innerhalb kürzester Zeit in den Offenbarungseid treiben. Das könnte sich keine Familie, das könnte sich kein Bürger unseres Landes erlauben, was Sie mit den öffentlichen Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen vorhaben.

Ich will zum Vergleich zwei Zahlen bringen, die die ganze Dimension dieser ruinösen Haushaltspolitik, für die diese Regierung steht, deutlich machen:

Sie wollen die Nettokreditaufnahme gegenüber den Planungen der Vorgängerregierung um 30 % erhöhen. Zum Vergleich: Der Bund senkt die Neuverschuldung in diesem Jahr gegenüber der ursprünglichen Planung um 40 %.

(Serdar Yüksel [SPD]: Sagen Sie mal das Verhältnis zum Haushalt!)

Der Bund senkt die Neuverschuldung um 40 %. Nordrhein-Westfalen will, nein, nicht Nordrhein-Westfalen, Sie wollen die Neuverschuldung um fast 30 % erhöhen.

Ein weiterer Vergleich, der fast noch eindrucksvoller ist. Wir haben 2009 in Nordrhein-Westfalen einen Wachstumseinbruch von 5,8 % gehabt. Wir haben bei diesem schlimmsten Wachstumseinbruch der gesamten Nachkriegswirtschaftsgeschichte die Nettokreditaufnahme auf 5,6 Milliarden € erhöhen müssen. Also: Wachstumseinbruch von 5,8 %, Nettokreditaufnahme unter Schwarz-Gelb von 5,6 Milliarden. In diesem Jahr erwarten wir in Nordrhein-Westfalen ein Wachstum von 3,5 %; das hat Ihr Wirtschaftsminister zu Beginn dieser Woche vorgestellt. Sie wollen bei einem Wirtschaftswachstum von 3,5 % die Nettokreditaufnahme auf 8,4 Milliarden hochjazzen. Bei einem Wachstumseinbruch, einer Schrumpfung von 5,8 % sind wir mit 5,6 Milliarden ausgekommen. Bei einem Wachstumsschub von 3,5 % in diesem Jahr machen Sie 8,4 Milliarden € neue Schulden. Ich glaube, meine Damen und Herren, dieser Vergleich spricht für sich. Mehr muss man dazu wirklich nicht sagen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Serdar Yüksel [SPD]: Wie viele Milliarden haben Sie denn ausgegeben? – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Herr Finanzminister, Ihr Wirtschaftsminister hat genickt. Er hat das am Montag so vorgestellt, was ja auch ein besonderer Geniestreich war: In derselben Woche, in der Sie einen Nachtragshaushalt vorlegen, bei dem die gesamte Begründung auf Ihrer Behauptung beruht, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, verkündet Ihr Amtskollege, der Wirtschaftsminister, freudestrahlend den besten Wachstumswert seit der Wiedervereinigung und meint, im nächsten Jahr ginge das auch so weiter. – Wir werden Sie, Herr Wirtschaftsminister, vor dem Verfassungsgerichtshof gerne zitieren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herzlichen Dank noch einmal für diese überzeugenden Passagen, mit denen Sie die gesamte haushaltspolitische Argumentation des Finanzministers noch einmal offiziell wirklich ad absurdum geführt haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von der SPD: Sie haben wirklich keine Ahnung!)

Es gibt keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, und selbst wenn es sie gäbe, wären das, was Sie in den Haushalt hineingepackt haben, keine angemessenen Maßnahmen, um darauf zu reagieren. Das weiß jeder, der sich mit diesem Haushalt etwas vertieft auseinandergesetzt hat.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Herr Finanzminister, Sie haben selber schon im September in einer Fragestunde einräumen müssen – das haben wir in den Plenarprotokollen des Landtags –, dass die Risikovorsorge unserer Regierung, die wir unter Helmut Linssen organisiert haben, bis mindestens Ende 2011 reichen wird. Das hat PIMCO dem Haushaltsausschuss, Ihnen und auch der interessierten Öffentlichkeit schriftlich gegeben. Es gibt natürlich Risiken, Herr Finanzminister, von denen wir nicht wissen, ob und wann sie schlagend werden,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das größte Risiko sind Sie!)

bei denen PIMCO aber klipp und klar sagt: Die Risikovorsorge reicht bis mindestens Ende 2011. Sie haben das bestätigt. Damit gibt es keine Notwendigkeit, jetzt eine zusätzliche Risikovorsorge für die WestLB in Höhe von 1,3 Milliarden € vorzunehmen. Diese Notwendigkeit gibt es nicht. Auch deshalb ist Ihr Haushalt verfassungswidrig, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Und weil das so offensichtlich ist, wird man Ihnen, genauso wenig wie der Ministerpräsidentin, unterstellen können, Sie würden das nicht selber erkennen. Natürlich, Frau Ministerpräsidentin, wissen Sie, wie auch Ihr Finanzminister, dass diese Vorlage verfassungswidrig ist – die ist krachend verfassungswidrig!

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Sie nehmen den Verfassungsbruch eiskalt in Kauf,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und Sie den Richterspruch vorweg!)

um neue Schulden, die Sie aufnehmen, unserer alten Landesregierung in die Schuhe schieben zu können. Das ist Ihre Strategie.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie sagen sich: Es interessiert uns doch überhaupt nicht, ob dieser Haushalt verfassungswidrig ist. Und wenn irgendwann mal so ein negatives Urteil aus Münster kommt,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da kommt kein negatives Urteil!)

ist dieser Haushalt längst vollzogen und Schwamm drüber; wir ziehen diese verfassungswidrige Politik eiskalt durch. – Das ist Ihre Haltung, Frau Ministerpräsidentin. Und das halten wir für außerordentlich erschreckend und werden es Ihnen, mit Verlaub, auch nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD: Erschreckend war Ihre Rede!)

Im Übrigen passt zu dieser Haltung, Probleme zu ignorieren, auch das, was Sie zur WestLB gesagt haben. Das darf ich bei dieser Gelegenheit noch einmal wiederholen. Nicht nur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WestLB ist es ja auf blankes Entsetzen gestoßen, als Sie sich in der „FTD“ mit der Botschaft eingelassen haben, für eine Konsolidierung der Landesbanken gebe es keine Perspektive mehr, das sei objektiv unmöglich.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Entschuldigung, aber so ist das doch wahrgenommen worden.

Die Überschrift lautete: „Kraft gibt Reform der Landesbanken verloren“.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie müssen gucken, was ich gesagt habe! Zitieren Sie mich doch mal! – Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN)

– Soll ich Ihnen jetzt den gesamten Artikel vorlesen?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Signal gegeben, dass Sie nicht mehr an die Rettung der WestLB glauben. So ist es von den Mitarbeitern und in der Öffentlichkeit auch aufgenommen worden. Oder glauben Sie, dass die „WAZ“ sonst den Kommentar mit „Kraft fällt WestLB in den Rücken“ überschrieben hätte? Glauben Sie, dass die Sie alle falsch verstanden haben?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Dolchstoßlegende!)

Nein, Frau Ministerpräsidentin! So ist Ihr Signal angekommen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie kapitulieren vor den Herausforderungen. Ich kann Ihnen sagen: Mir hat das fünf Jahre lang auch wenig Freude bereitet – der ehemalige Innenminister nickt, er kann sich auch noch dran erinnern –,

dass wir im Grunde genommen fast jede Woche im Koalitionsausschuss über die aktuellen Probleme bei der WestLB haben beraten müssen. Das macht keine Freude. Aber Sie tragen jetzt die Verantwortung. Und es ist nicht akzeptabel – die Zeit läuft uns davon, das ist richtig –, dass Sie die WestLB samt ihrer Mitarbeiter einfach verloren geben,

(Minister Guntram Schneider: Unglaublich!)

anstatt darum zu kämpfen, aus der schwierigen Situation bei der WestLB für die Bank, für die Mitarbeiter und für das Land das Beste zu machen. Das wäre Ihr Job, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP)

Es gäbe noch viele andere Punkte. Ich darf zum Schluss ...

(Serdar Yüksel [SPD]: Gott sei Dank!)

– Freuen Sie sich nicht zu früh.

Ich darf zum Schluss noch einiges zum Verhältnis Ihrer Regierung zur mittelständischen Wirtschaft und zu Wirtschaft und Industrie sagen, denn das ist wirklich ein besonderes Kapitel. Ich freue mich, dass der Wirtschaftsminister da ist und an der Debatte teilnimmt. Man hat nach wie vor teilweise den Eindruck, der Wirtschaftsminister habe sich eine Tarnkappe übergezogen, damit ihn keiner erreichen kann – so ist der Eindruck in weiten Teilen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Wie Ihre Politik schon nach wenigen Monaten in der Wirtschaft wahrgenommen wird, das will ich Ihnen mal anhand einiger Schlagzeilen unterschiedlicher Medien aus den letzten Tagen demonstrieren.

(Britta Altenkamp [SPD]: Mehr als Schlagzeilen scheinen Sie auch nicht zu lesen!)

„FOCUS“ vom 29. November 2010: Flughafenchef attackiert NRW-Landesregierung; Zitat von Herrn Blume: Rot-Grün ist ignorant. „WAZ“ vom 27. November: „Wirtschaft fremdelt mit Wirtschaftsminister“; Zitat: „Noch keine Landesregierung, noch kein Wirtschaftsminister hat es geschafft, das Verhältnis zur Industrie so schnell zu zerrütten, wie Harry K. Voigtsberger“. Jeden Tag eine neue Beschwerde – „BILD“ vom 30. November: „Unternehmer gehen auf Minister Voigtsberger los“.

(Zuruf von der SPD: Oh, die „BILD“-Zeitung! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihnen ist auch nichts zu blöd!)

Herr Heuser, Landeschef des Verbandes „Die Familienunternehmer“ – ich zitiere –: Zur alten Landesregierung gab es einen guten Kontakt. Diesen Meinungsaustausch hat die neue Regierung nie aufgenommen. Für mich ziehe ich das klare Fazit, die wollen gar nicht mit uns reden. Denen ist egal, was die Wirtschaft denkt, Hauptsache, wir zahlen unsere Steuern. – So „Die Familienunternehmer“, Herr Minister. Sie lachen und nehmen das mit der Ihnen

eigenen Fröhlichkeit, wenn die Wirtschaft das Gefühl hat, in der Landesregierung überhaupt keinen Ansprechpartner mehr zu haben. Ich an Ihrer Stelle würde anfangen, mir einige Gedanken über solche Meinungsäußerungen zu machen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Herr Ulrich Lehner, IHK-Chef am Niederrhein, wirklich eine der Größen der nordrhein-westfälischen Industrie – ich zitiere –: „Die Absichtserklärungen der Landesregierung sind meist allgemein, klare Bekenntnisse zum Industriestandort NRW hört man von der neuen Landesregierung zu selten.“

Ich erspare Ihnen jetzt das, was der RWE-Vorstand Rolf Martin Schmitz zur Braunkohlepolitik der neuen Regierung gesagt hat, wie er im Detail beschrieben hat, dass mehr als 10.000 Arbeitsplätze im rheinischen Braunkohlerevier in akute Gefahr geraten, wenn die SPD nicht endlich den Grünen mit ihrer industriefeindlichen Politik in den Arm fällt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist die Sorge der Industrie.

Die ordnungspolitische Orientierungslosigkeit Ihrer Regierungspolitik zeigt sich in den letzten Tagen ebenfalls in aller Deutlichkeit. Sie sind stolz darauf, unser Erfolgsprinzip „Privat vor Staat“ in der Mittelstandspolitik wieder in „Staat vor Privat“ umzukehren. Damit bereiten Sie den Weg unter anderem für den Steag-Deal. Ja, da sieht man schon, was dabei herauskommt, wenn einige der am schlimmsten verschuldeten Ruhrgebietskommunen auf die aberwitzige Idee kommen, den fünftgrößten deutschen Stromversorger zu übernehmen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist natürlich die direkte Konsequenz Ihrer Politik „Staat vor Privat“. Auch das wird kommentiert in der „Rheinischen Post“, Herr Kollege, und zwar mit der Überschrift – einfach, aber treffend –: „Die Rückkehr der Staatswirtschaft“. – Das ist das, wofür Sie in diesen ersten Monaten stehen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ihre Bilanz, Frau Ministerpräsidentin, ist nicht gut. Sie ist schlecht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wie kann man so ignorant sein?)

Man kann nur hoffen, dass Sie nicht so weitermachen. Sie haben sich bisher darauf beschränkt, alles zurückzudrehen, was in schwarz-gelber Regierungsverantwortung in unserem Land verändert wurde.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Es ist interessant, wie groß schon jetzt der Widerstand dagegen ist, dass unsere Reformen revidiert werden – auch in der Schulpolitik. Sehr bemerkenswert fand ich Herrn Große Brömer in dem „WAZ“-Artikel „Dem Revier sind die rot-grünen Schulreformen egal“, der dort mit der Aussage zitiert wurde, er könne sich durchaus vorstellen, dass das mit den Schulbezirksgrenzen in Oberhausen so weiterlaufen werde wie bisher.

Hier wird im Einzelnen aufgelistet, dass reihenweise sozialdemokratisch geführte Kommunen überhaupt nicht auf die Idee kommen, die Schulbezirksgrenzen wieder einzuführen, die wir abgeschafft haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Dr. Papke, entschuldigen Sie.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Ja, Herr Kollege Priggen, das ist aber doch der Punkt.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Jetzt sagen Sie: Ja, klar. – Warum haben Sie denn dann in ideologischen Verblendung in den ersten Wochen sofort die Axt an jede Reform gelegt, die wir in den letzten Monaten und in den letzten Jahren

(Beifall von der FDP und von der CDU)

in unserer Verantwortung durchgeführt haben? Das hat mit Koalition der Einladung nichts zu tun, Frau Ministerpräsidentin. Wenn Sie auf uns zugekommen wären und gesagt hätten – und zwar ehrlich und fair –,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

Sie wollten über die bestmöglichen Lösungen für Nordrhein-Westfalen mit der Opposition diskutieren,

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Drei Tage haben wir mit Euch geredet!)

hätten wir uns dem nicht verweigert. Uns aber sofort ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** ... das Ende unserer eigenen erfolgreichen liberalen Reformpolitik vor die Füße zu werfen

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Neoliberaler Mist!)

und uns dann eine Einladung hinterher zu schicken, das ist nicht aufrichtig, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Deshalb waren Ihre Einladungen von vornherein auch nicht aufrichtig gemeint.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Dr. Papke, wenn Sie mir auf meine Versuche hin, Sie zu unterbrechen, einfach nur ein kurzes Signal geben würden, ob Sie die Zwischenfrage des Abgeordneten Klocke zulassen wollen, die er schon seit geraumer Zeit an Sie stellen möchte.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Der Kollege Klocke ist ungeduldig. Er ist ein neuer junger Kollege. Herr Klocke, Sie haben ja gleich – ich bin jetzt auch fertig mit meiner Rede – noch die Möglichkeit, für die Grünen ans Rednerpult zu treten. Dann werden wir den Diskurs gerne fortsetzen.

Ihre erste Bilanz, Frau Ministerpräsidentin, ist verheerend. Das muss man in der nüchternen Analyse so zusammenfassen. Sie haben einen heimlichen Koalitionspartner, die Linkspartei,

(Zuruf von der SPD: Da sind wir wieder beim Thema! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Zu viel der Ehre!)

der immer dreister wird, der massiv versucht, die politische Achse unseres Landes Nordrhein-Westfalen nach links in Richtung Einheitsbildung und Staatswirtschaft zu verschieben.

Sie werden sich im nächsten Jahr entscheiden müssen, ob Sie sich weiter von den Linksextremen treiben lassen oder ob Sie die Kraft haben, zurückzukehren auf den Weg einer vernünftigen Politik der politischen Mitte. Dann sind wir gerne zum Dialog bereit. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Zimmermann, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Wolfgang Zimmermann (LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, ich bin erstaunt. Ich habe heute bisher wenig über den Nachtragshaushalt gehört,

(Zuruf von der SPD: So sind die!)

aber umso mehr über die Frage „Wer stimmt mit wem ab?“, über Linksextremisten, den Verfassungsschutz, die Frage „Wer unterstützt die Regierung?“ oder die Frage „Wer unterstützt sie nicht?“.

Sagen Sie einmal, Herr Papke, Herr Laumann, glauben Sie eigentlich ernsthaft, dass das draußen im Lande überhaupt noch jemanden interessiert?

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von der FDP: Ja!)

Glauben Sie ernsthaft, dass Ihre Tiraden bei den Menschen draußen ankommen? Sagen Sie doch etwas zur Politik in diesem Lande! Stellen Sie doch Ihre Alternativen dar, aber nicht diesen neoliberalen Mist, den Sie in der Vergangenheit erzeugt haben und der überholt ist! Das müssen Sie mittlerweile erkennen. Dann kommen Sie vielleicht auch zu besseren Einsichten.

(Beifall von der LINKEN)

Die Menschen in diesem Lande interessiert ihre Arbeits- und Lebenssituation. Was können wir hier in diesem Hause zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der Menschen beitragen? Das ist wichtig für die Menschen. Aber damit beschäftigen Sie sich in keiner Weise. Das können Sie auch nicht, weil Sie in der Vergangenheit leben und so weitermachen wollen wie in den fünf Jahren, in denen Sie hier regiert oder – besser ausgedrückt – viel zerstört haben.

(Beifall von der LINKEN)

Kommen wir einmal wirklich zum Haushalt. Die Neuverschuldung von 8,4 Milliarden € statt der ursprünglich veranschlagten 6,6 Milliarden € im Nachtragshaushalt erscheint auf den ersten Blick in der Tat viel, vor allem, weil die Steuereinnahmen um fast 900 Millionen € höher ausfallen als noch im Jahr 2009 prognostiziert.

2,4 Milliarden € gehen allerdings auf einmalige Effekte zurück. Das sind vor allem Rücklagen. Hier packt die Landesregierung alles rein, was irgendwie möglich ist, und nennt das ganze Paket dann „Abschlussbilanz von Schwarz-Gelb“.

Die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit werden so ein wenig strapaziert. Das können und wollen wir hier nicht unter den Teppich kehren, aber – das sage ich in aller Deutlichkeit an die Adresse von CDU und FDP –: Verfassungswidrig ist das unserer Meinung nach noch lange nicht. Und Sie werden in Münster in der Tat auf die Nase fallen. Das garantiere ich Ihnen.

(Beifall von der LINKEN und von Serdar Yüksel [SPD])

Die Frage ist allerdings, ob das auch wirtschaftlich stimmig ist. Nein, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wirtschaftlich sinnvoll ist das damit noch lange nicht. Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Guthabenzinsen der Rücklagen höher liegen als die Zinssätze der Landesanleihen.

Das Argument des Finanzministers, vorgetragen in der gestrigen zweiten Lesung, die WestLB-Rücklage sei aktuell aufgrund der niedrigen Verzinsung günstiger zu finanzieren als in Zukunft, ist im

Kern eine Art Zinswette. Ich sage in aller Deutlichkeit: Zinswetten widersprechen elementar den hergebrachten Haushaltsgrundsätzen. Herr Minister, das sollten Sie vielleicht dabei berücksichtigen.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, Ihre Strategie ist uns klar. Im Haushalt 2011 entfallen die einmaligen Effekte und die Neuverschuldung sinkt, ohne dass Sie dafür noch etwas Besonderes tun müssen. Die mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 wird eine jährlich linear sinkende Neuverschuldung ausweisen. Das sieht dann natürlich gut aus.

Für uns Linke ist die Höhe der Neuverschuldung nicht die entscheidende Frage. Wichtiger ist die Beantwortung der Frage, ob die schwarz-gelbe Politik des Sozialabbaus, der Privatisierung und der Auszehrung des öffentlichen Dienstes fortgesetzt wird oder nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Wir müssen anerkennen: Diese katastrophale Politik wird mit diesem Nachtragshaushalt nicht fortgesetzt. Wir erkennen hier zumindest den Beginn des von uns eingeforderten Politikwechsels, und das ist gut so.

Wir begrüßen die Schaffung von mehr als 1.500 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, der 128 Stellen im Umweltministerium und die Zuweisung an die Gemeinden in Höhe von 150 Millionen € zum Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen. Und wir begrüßen auch, dass die Kommunen im Finanzausgleich insgesamt 300 Millionen € mehr erhalten.

Eines ist allerdings klar – und nur SPD und Grüne könnten das leugnen –: Ohne die Linke in diesem Landtag hätte es einen Nachtragshaushalt mit diesen Verbesserungen nicht gegeben.

(Beifall von der LINKEN)

Die linke Fraktion wird diesen Haushalt daher nicht ablehnen. Die roten Haltelinien in unserem Wahlprogramm wurden nicht überschritten: kein Sozialabbau, kein Stellenabbau, keine Fortsetzung der Privatisierungsorgien von Schwarz-Gelb.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wir stehen zu dem, was wir im Wahlkampf als Bedingung für die Unterstützung einer Regierung genannt haben. Das halten wir ein.

Aber die Frage ist: Reicht das für eine Zustimmung? Wir Linken haben in den Beratungen zum Nachtragshaushalt vier wesentliche Bausteine für einen glaubwürdigen Politikwechsel genannt:

Den Kommunen muss entschlossener und schneller als bisher geholfen werden. Das ist der erste Baustein.

Eine Erhöhung des Verbundsatzes von 23 % auf 24 % bedeutet Einnahmen von 343 Millionen €. Das wäre eine angemessene Maßnahme gewesen. Nur

so, werte Kolleginnen und Kollegen, können die Kommunen freiwillige Sozialausgaben und Investitionen tätigen. Nur so können sich viele Kommunen aus den Fesseln der Haushaltssicherungskonzepte befreien.

(Beifall von der LINKEN)

Das haben Sie versäumt, wenn Sie dem nicht zustimmen.

Erst letzte Woche hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ihren Kommunalfinanzbericht vorgelegt. Die Zahlen sind eindeutig: Die Kassenkredite lagen 2009 bei gigantischen 18 Milliarden €. Im Jahre 2000, vor den Steuersenkungen für Konzerne und Reiche durch die von Schröder und Fischer geführte SPD- und Grünen-Regierung waren es erst 2 Milliarden €.

Noch erschreckender ist die Entwicklung der Investitionsquote. Von 1992 bis 2008 sank die kommunale Investitionsquote von knapp 1,6 % auf unter 0,6 % des Bruttoinlandsproduktes.

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, schreien geradezu nach einer Erhöhung des Verbundsatzes.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Erhöhung wäre nicht nur eine wirkliche Schlussabrechnung mit der Politik der schwarz-gelben Vorgängerregierung gewesen, sondern auch eine Korrektur der Unterfinanzierung der Kommunen, die von den Regierungen unter Rau, Clement und Steinbrück allerdings bereits begonnen wurde.

Diese strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ist nicht vom Himmel gefallen. Nein, meine Damen und Herren, Herrn Rüttgers, der heute lieber beim Papst und wahrscheinlich bei Herrn Berlusconi ist, kann man nicht für alles im Lande verantwortlich machen, was schiefgelaufen ist. Ich erinnere daran, dass die Absenkung der Verbundquote schon Anfang der 80er-Jahre begann. 1981 betrug sie noch 28,5 %. Und das muss revidiert werden.

(Beifall von der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir haben die Einstellung von 500 Betriebs- und Steuerprüfern gefordert. Das ist der zweite Baustein.

Jeder Steuer- und Betriebsprüfer bringt dem Land, und zwar nach Verrechnung im Länderfinanzausgleich, Mehreinnahmen zwischen 500.000 € und 1 Million €. Das sind keine Peanuts, sondern dringend benötigte Einnahmen.

Wir verkennen durchaus nicht, dass es schwierig ist, über Nacht 500 Betriebsprüfer und -prüferinnen einzustellen. Für die Laufbahn des gehobenen Steuerdienstes gibt es keinen freien Arbeitsmarkt. Auch die Abwerbung von Kräften aus anderen Bundesländern ist hier kein gangbarer Weg.

Dennoch: Die Veranschlagung von Einstellungsermächtigungen für 2011, gerade auch für Beamtenanwärter, wäre ein klares Signal, dass Sie Wahlversprechen ernst nehmen. Das haben Sie unterlassen. Das gilt auch für nötige Erhöhung der Kapazitäten der Fachhochschule für Finanzen im schönen Schloss Nordkirchen.

Aber wir haben uns trotzdem entschlossen, den Antrag „Mehr Steuergerechtigkeit und Steuereinnahmen durch mehr Betriebsprüfer/innen“, den heutigen Tagesordnungspunkt 10, gemeinsam mit den Regierungsfractionen einzureichen. Der Antrag verpflichtet zumindest die Landesregierung, im nächsten Jahr 100 zusätzliche Steueranwärter, also Personal des gehobenen Dienstes, einzustellen und das Personal in der Betriebsprüfung kurzfristig um 200 Kräfte zu erhöhen. Das ist zwar zu wenig, aber das Thema „Betriebsprüfung“ ist uns zu wichtig, als dass wir nicht zu Kompromissen bereit wären. 100 zusätzliche Beamtenanwärter im Jahr 2011 kann nur erster Schritt sein. Das haben wir deutlich gemacht. Wir müssen die Ausbildungskapazitäten jedes Jahr kontinuierlich weiter erhöhen.

(Beifall von der LINKEN)

2012 bis 2015 müssen es jährlich mindestens 100 weitere Anwärterinnen und Anwärter sein. Denken Sie an die Kapazitäten der Fachhochschule für Finanzen. Wenn Dozentinnen und Professoren fehlen und die Hörsäle nicht ausreichen, leidet die Qualität von Ausbildung und Lehre.

(Beifall von der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir wollten die Abschaffung der Studiengebühren ab dem Sommersemester im Nachtragshaushalt verankern. Das ist der dritte Baustein.

Mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 249 Millionen € hätte das Land für 2011 rechtsverbindliche Verträge mit den Hochschulen und Universitäten schließen können, um die entstehenden Einnahmeausfälle zu kompensieren.

Am 14. Juli 2010, Frau Ministerpräsidentin, wurden Sie in diesem Hause gewählt. Ohne uns wäre das nicht geschehen. Seit dem 14. Juli hatten Sie Zeit, Ihr Wahlversprechen bezüglich der Abschaffung der Studiengebühren umzusetzen. Trotzdem sollen diese erst mit dem Wintersemester 2011/2012 abgeschafft werden. Das Wintersemester beginnt am 3. Oktober 2011. Dann werden fast anderthalb Jahre seit der Wahl vergangen sein. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerpräsidentin, verstehen die Studierenden in keiner Weise.

(Beifall von der LINKEN)

Die Studiengebühren müssen sofort abgeschafft werden – sofort.

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Das stand, soweit ich weiß, zumindest im Landtagswahlprogramm der Grünen.

Die Enttäuschung darüber ist enorm. Das fördert die Politik- und die Parteienverdrossenheit in diesem Land.

Sie nehmen in Kauf, dass Studierwillige aus Arbeitnehmer- und aus Migrantenfamilien – somit breite Schichten der Bevölkerung – vor der Aufnahme eines Studiums zurückschrecken. Das sind gebrochene Versprechen. Nach den Maßstäben der SPD aus alten, vergangenen Zeiten ist das keine sozialdemokratische Politik mehr; das tut mir leid.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Land hat die Risiken der WestLB – exakter formuliert: für Verluste der Phoenix-Notes und der Ersten Abwicklungsanstalt – gebürgt. Daran gibt es nichts zu deuteln. Niemand in diesem Hause stellt das infrage.

Aber der Finanzminister hat am 29. September bei der Einbringung des Nachtragshaushalts verklausuliert eingestanden, dass neue Rücklagen für die WestLB in Höhe von 1,3 Milliarden € frühestens im Jahr 2012 benötigt werden. Auf diesen Sachverhalt wurde in der zweiten Lesung bereits hingewiesen.

Mit uns sind diese Rücklagen daher in dieser Höhe nicht zu machen. Deshalb ist es mehr als ärgerlich, wenn vonseiten der Regierungsfractionen wider besseres Wissen eine drohende Haushaltssperre an die Wand gemalt wird, falls das Parlament die 1,3 Milliarden € nicht durchwinkt.

Die Linke hat die Reduzierung der WestLB-Rückstellungen um 350 Millionen € gefordert. Das ist der vierte Baustein.

Diese symbolische Kürzung entspricht den von uns zusätzlich geforderten Ausgaben. Lassen Sie mich deutlich sagen: Auch die völlige Streichung dieser Rückstellung wäre sachlich vertretbar gewesen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Signal allerdings, das der Landtag damit an die Beschäftigten, nach Brüssel und ins Land gesendet hätte, wäre falsch gewesen. Die Linke steht zur WestLB als Bank des Landes NRW und als Bank im Eigentum des Landes. Wir stehen zur WestLB, weil wir Struktur- und Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen wollen und weil die Sparkassen einen starken Partner brauchen.

Und – ich hoffe sehr, dass wir bei dieser Frage in diesem Hause übereinkommen –: Die Erpressungen und Einschüchterungen aus Brüssel sind unerträglich und müssen zurückgewiesen werden. Die EU-Kommission setzt ihre neoliberale Politik gegen öffentliche Banken fort. Fast wäre die Berliner Sparkasse aufgrund von Auflagen der EU-Kommission privatisiert worden. Dem Berliner Senat hätte damals gut zu Gesicht gestanden, gegen diese Auflagen zu klagen. Fast scheint es, als solle bei uns in

NRW abermals ein Exempel statuiert werden. Ultimaten zum Verkauf sind nicht hinnehmbar. Jeder Notverkauf geht zulasten des Landeshaushalts.

Im Zweifel – dabei richte ich mich an die Landesregierung – muss das Land bereit sein, gegen Auflagen zu klagen, um den Kern der WestLB zu retten. Das darf keine einsame Entscheidung des Vorstands und des Ministers sein. Wir wiederholen unsere Forderung, eine interfraktionelle Kommission einzurichten, die Fragen und Kriterien für ein zukunftsfestes Geschäftsmodell erarbeitet.

Wir brauchen in Zukunft verantwortungsvolle Entscheidungen. Wir brauchen Transparenz bezüglich der aktuellen und zukünftigen Geschäftspolitik.

Wir Linke stehen zur Landesbank und zu den Beschäftigten. Wir stehen für Transparenz vor den Augen der Bürgerinnen und Bürger, wo man mit offenen Karten spielen muss.

Diese vier Bausteine, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wiederhole ich.

Erstens. Mehr Geld für die Kommunen durch die Erhöhung des Verbundsatzes.

Zweitens. 500 zusätzliche Betriebsprüferinnen und Steuerprüfer im Steuerdienst.

Drittens. Abschaffung der Studiengebühren ab dem Sommersemester 2011.

Viertens. Reduzierung der WestLB-Rücklage um 350 Millionen €.

Diese Bausteine verdeutlichen, was einen grundlegenden Politikwechsel, einen Wechsel im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land, ausmacht.

Diesen Anforderungen wird die Landesregierung nicht gerecht, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen. Bisher wurde die Chance verpasst, diesen Politikwechsel in NRW einzuleiten. Zaghaft, kleinmütig und inkonsequent – so präsentiert sich leider diese Landesregierung. Daher kann und wird die Linke diesem Haushalt nicht zustimmen.

Aber nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Das galt nie so klar wie für den Haushalt 2010 und den Haushalt 2011. Im Sinne des Haushaltsgrundsatzes der Vorherigkeit erwarten wir – diesen Appell richte ich an Finanzminister Walter-Borjans – eine schnelle Einbringung des Entwurfs 2011.

Im Jahr 2011 wird sich die Regierung nicht mehr auf eine Abschlussbilanz von CDU und FDP berufen können. Im Haushalt 2011 muss Farbe bekannt werden. „Farbe bekennen“ heißt insbesondere, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Setzen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, auf mehr Investitionen, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Erzieherinnen und

Erzieher, mehr Steuerprüfer sowie eine substanzielle Erhöhung der Zuweisungen für die Kommunen, auf einen Entschuldungspakt für die Kommunen, der die Finanzmisere der Kommunen beendet und sie wieder handlungsfähig macht. Setzen Sie darüber hinaus auf eine Stärkung des regionalen Schienenverkehrs, auf eine Erneuerung und Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, die allen Menschen in diesem Land ein menschenwürdiges und lebenswertes Leben bieten.

(Beifall von der LINKEN)

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir mit Ihnen – aber nur dann.

Herr Laumann hat Frau Kraft bei der Einbringung des Nachtragshaushalts vorgeworfen, sie sei die einzige Regierungschefin in ganz Deutschland, die das Ziel der Haushaltskonsolidierung auch mit Blick auf die Schuldenbremse 2020 aufgegeben habe. Völlig aus der Luft gegriffen ist diese Charakterisierung nicht, doch der Bewertung des Kollegen Laumann fehlt wie so oft jede elementare ökonomische Einsicht.

(Minister Guntram Schneider: Oh!)

So wollen in Hessen ohne Sinn und Verstand SPD, CDU, Grüne und FDP gegen den erbitterten Widerstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Verschuldungsverbot über eine Volksabstimmung in der Landesverfassung verankern. Im Hessischen Landtag feiert die neoliberale Einheitspartei Deutschlands die Auferstehung.

(Zuruf von der CDU)

Die Landesregierung wird 2011 eine neue mittelfristige Finanzplanung vorlegen. Trotz der Aufblähung der Neuverschuldung im Nachtragshaushalt und trotz voraussichtlich weiter ansteigender Steuereinnahmen – die Konjunkturforschungsinstitute RWI und ifo haben in dieser Woche ihre Prognosen für 2010 und 2011 nach oben korrigiert – wird das strukturelle Defizit hoch bleiben. Wenn wir es überschlägig mit 5 Milliarden € ansetzen, bleibt ein Konsolidierungsbedarf von 500 Millionen € pro Jahr bis zum Jahr 2020.

Woher, frage ich die Landesregierung, wollen Sie diesen Betrag denn nehmen? Soll beim Personal gespart werden? Frau Ministerpräsidentin – sie ist nicht mehr da –, Sie haben letzte Woche in der Presse zu Recht darauf hingewiesen, dass nur – ich zitiere – 8.000 von 320.000 Beschäftigten in der engeren Landesverwaltung arbeiten. Zum überwiegenden Teil arbeitet das Personal in Schulen und Hochschulen, bei Polizei und Justiz. Wir stimmen Ihnen zu, wenn Sie sagen, dass NRW deutlich mehr statt weniger Personal braucht. Aber danach muss dann auch gehandelt werden.

Sollen die Investitionen noch weiter gesenkt werden? Die mittelfristige Finanzplanung sieht bereits jetzt von 2011 bis 2013 nominal konstante Investiti-

onen vor. Berücksichtigen wir die Inflationswirkung, sinken sie real sogar. Die Investitionen in NRW sind bekanntlich seit Jahren viel zu niedrig. Im Ranking der Länder schneidet NRW schlecht ab.

Würden die Abschreibungen auf die öffentlichen Liegenschaften in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für jedes Bundesland einzeln ausgewiesen, was leider nicht der Fall ist, müssten wir mit einer negativen Nettoinvestitionsquote in NRW rechnen. Ich wiederhole das noch einmal: NRW hätte eine negative staatliche Nettoinvestitionsquote. Darum sagen wir ganz klar: Die Investitionsquote muss mittelfristig deutlich erhöht werden.

(Beifall von der LINKEN)

Ohne öffentliche Zukunftsinvestitionen sind Arbeitsplätze und sozialer Zusammenhalt in NRW nicht zu sichern.

Ich frage: Soll den Kommunen nicht geholfen werden? Auch in diesem Hause reden alle gerne von der kommunalen Familie. Das hört sich vertraut an, soll Vertrauen schaffen. Wenn Eltern ihre Kinder aber mit Brosamen abspesen, ist das alles andere als familiär und vertrauenerweckend.

Die im Nachtragshaushalt eingestellten 300 Millionen € sind solche Brosamen, wenn im Jahr 2011 nicht substanziell draufgesattelt wird. Die Erhöhung des Verbundsatzes von 23 % auf 24 bis 25 % ist unausweichlich, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen.

Der von der Landesregierung angekündigte Stärkungspakt Staatsfinanzen

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Stadtfinanzen!)

– Stadtfinanzen. Entschuldigung, Sie haben Recht. Ich danke Ihnen. Das andere muss aber auch gestärkt werden.

Der von der Landesregierung angekündigte Stärkungspakt Stadtfinanzen muss sich daran messen lassen, ob die 160 Kommunen, die aktuell zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind, ihre Haushalte wieder eigenverantwortlich aufstellen können.

Die Landesregierung steht in der Pflicht, die kommunale Selbstverwaltung zu sichern und zu wahren. Die vielbeschworene kommunale Selbstverwaltung wird sich im Haushalt 2011 und vor allen Dingen bei den Haushalten der folgenden Jahre beweisen müssen.

(Beifall von der LINKEN)

Sollen wir bei Wissenschaft und Forschung sparen? Soll bei der Jugendhilfe gespart werden, meine Damen und Herren? Soll im SGB bei den Kosten für die Unterkunft gespart werden? Soll bei den Theatern und Museen gespart werden? – Wir Linken sa-

gen dazu klipp und klar: Nein. Alle diese Bereiche sind heute schon unterfinanziert.

(Beifall von der LINKEN)

Im Primärhaushalt, also die Ausgaben um die Zinslasten bereinigt, sehen wir – das wissen die hier versammelten Haushaltsexperten besser als ich –, dass die ansteigenden Zinslasten die Primärausgaben im Zeitverlauf bis 2020 zurückdrängen. Da die Personalausgaben, die knapp 40 % des Haushalts ausmachen, darüber hinaus mit der Lohn- und Gehaltsentwicklung steigen, haben wir es bei dem gegebenen Haushaltsausgabenniveau automatisch mit sinkenden Investitionen und rückläufigen Sozial- und Bildungsausgaben zu tun.

Auf die überproportional ansteigenden Pensionslasten will ich in diesem Zusammenhang gar nicht eingehen. Herr Finanzminister, Sie werden die konkreten Zahlen kennen. Ich hoffe, Sie können trotzdem noch ruhig schlafen.

(Heiterkeit von Serdar Yüksel [SPD])

Kurzum: Der Landeshaushalt ist strukturell unterfinanziert. Jede Orientierung auf die Einhaltung der Schuldenbremse ist falsch

(Beifall von der LINKEN)

und in Anbetracht der Notwendigkeit eines nachhaltigen Aufschwungs auch höchst gefährlich. In allen Politikbereichen benötigen wir stattdessen kräftige Ausgabensteigerungen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage es hier ganz deutlich: Wir nehmen daher eine Erhöhung der Verschuldung bewusst in Kauf. Alles andere wäre unverantwortlich. Denn wir leben nicht im luftleeren Raum, sondern im Rahmen von Fakten, die bundesweit geschaffen worden sind und nur bundesweit geändert werden können. Wäre in den letzten Legislaturperioden unter den verschiedensten Regierungskonstellationen auf Bundesebene verantwortungsvolle Finanzpolitik betrieben worden und nicht im Sinne der Konzerne und der Reichen, hätten wir heute in Nordrhein-Westfalen kein Defizit.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Fakten sprechen für sich. Von 1998 bis 2008 erhöhten sich die gesamtstaatlichen Ausgaben nominal pro Jahr im Durchschnitt nur um 1,4 %. Real schrumpften sie sogar um 0,2 % pro Jahr. Im internationalen Vergleich ist Deutschland Weltmeister in sparsamer Ausgabenpolitik.

(Gregor Golland [CDU]: Sehr gut!)

– Sehr gut. Das kann nur jemand sagen, der keine Ahnung von den realen Lebensverhältnissen der Menschen in diesem Lande hat.

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmen [CDU]: Na, na, na!)

In den Ländern der alten EU stiegen die Ausgaben im selben Zeitraum nominal um durchschnittlich 3,9 %. Real waren es immerhin 1,8 %. Die Ursache für diese Defizite, meine Damen und Herren, liegt nicht auf der Ausgabenseite des Haushalts; also muss sie offenbar auf der Einnahmenseite liegen.

(Beifall von der LINKEN)

Die ausgesprochen schwache Konjunktur in den letzten zehn Jahren spielt eine Rolle. Die Ursache hierfür ist vor allem die Lohnstagnation, die europaweit ihresgleichen sucht. Da man von CDU- und FDP-Seite gerne auf Griechenland eindrischt, auch wenn man da gerne zwischendurch mal Urlaub macht, sage ich in aller Deutlichkeit: Das deutsche Lohndumping hat einen gehörigen Anteil an der griechischen Tragödie und an der Eurokrise.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist das Resultat des deutschen Sonderwegs. Das ist anti-europäisch und asozial. Das können Sie bei den Nobelpreisträgern Stiglitz und Krugman nachlesen. Das sagen die auch. Das können Sie nicht leugnen.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, die anhaltende Schwäche der Einnahmentwicklung geht aber weit über die konjunkturbedingt zu erwartende Einnahmeschwäche hinaus. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung hat dies berechnet. Ich zitiere: Die Steuersenkungen für Reiche und Konzerne seit 1998 – verantwortlich ist vor allem hier die Regierung Schröder und Fischer – führen im Jahre 2010 zu Einnahmeausfällen aller Gebietskörperschaften von über 50 Milliarden €. Dem Landeshaushalt NRW fehlen deswegen etwa 5 Milliarden €. Das entspricht in etwa dem strukturellen Defizit im Jahr 2010. – Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Ohne den damaligen neoliberalen Einheitsbrei von SPD und Grünen und Unterstützung von FDP und CDU hätten wir in diesem Lande überhaupt gar keine Neuverschuldung.

(Beifall von der LINKEN)

Nichtsdestotrotz sind wir Linken für solide öffentliche Finanzen. Wir haben kein Interesse, Milliarden Euro von Zinsen an die Banken zu zahlen.

(Beifall von der LINKEN)

Die einzige tragfähige Lösung besteht daher in einer kräftigen und nachhaltigen Einnahmeerhöhung. Der Bund ist hier in der Pflicht.

(Beifall von der LINKEN)

Schuldenabbau ist kein Wert an sich, fern aller konkreten Umstände. Ein Wert an sich ist eine funktionierende Infrastruktur, sind Investitionen in Soziales, in den öffentlichen Personennahverkehr, in Bildung, Forschung und Gesundheit. Wenn der Bundesge-

setzgeber das Land NRW und seine Kommunen – wie alle anderen Länder und Kommunen auch – nicht hinreichend finanziert, wenn sich die Bundespolitik weigert, die Reichen und die Unternehmen angemessen zu besteuern und durch die Kumpanei mit diesen immer mehr Armut produziert, dann müssen wir – bis sich das ändert – notfalls auch Schulden machen, um die soziale und ökonomische Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

(Beifall von der LINKEN)

Aber klar ist, wo die Verantwortung liegt. Die Verantwortung für die Explosion der Verschuldung in NRW und in der Republik – ich sage das hier noch einmal ganz deutlich – trägt die neoliberale Einheitspartei, die damals aus vier Parteien bestanden hat. Manche Wahrheit – ich weiß, das tut den Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen weh – kann nicht oft genug gesagt werden. Sie waren es, die im Bündnis mit der CDU und der FDP von 1998 bis 2005 die Staatshaushalte systematisch leergefegt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Bitte ändern Sie das und hören Sie mit dieser Politik auf! Mit dem Nachtragshaushalt werden ja die Weichen ein wenig gestellt. Das haben wir auch gewürdigt.

In der Haushaltsdebatte ist bis jetzt zu wenig auf die ökonomische Entwicklung des Landes eingegangen worden. Erstmals seit der deutschen Einheit ist NRW im föderalen Finanzausgleich nicht nur Nehmerland – das waren wir schon seit 2008 –, sondern auch nachweislich der Ergänzung zum Nachtragshaushalt Empfängerland von Bundesergänzungszuweisungen. Wir verlieren Anschluss an die Wachstums- und Wohlstandsdynamik der Republik. Dies liegt auch an den Problemen unserer strukturschwachen Regionen.

Das aktuelle Städte-Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zeigt eine für das Revier dramatische Entwicklung. Gelsenkirchen belegt im Gesamtranking Platz 100 – das ist der letzte Platz –, Oberhausen Platz 98, Duisburg Platz 97, Herne Platz 96, Dortmund Platz 89. Beim Dynamik-Ranking, das die Zukunftspotentiale aufzeigt, kommen sechs der zehn schlechtesten Städte aus Nordrhein-Westfalen. Den letzten Platz belegt Wuppertal. Vertreten sind des Weiteren Leverkusen, Oberhausen, Essen. Ein anderes Bild gibt es bei den zehn besten Plätzen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Fünf der stärksten Städte kommen im Dynamikranking mittlerweile aus Ostdeutschland, aber keine einzige aus Nordrhein-Westfalen. Die regionale Spaltung im Jahr 20 der Einheit verläuft nicht mehr primär zwischen Ost und West. Seit 1990 sind viele Milliarden nach Ostdeutschland geflossen, die sonst in Nordrhein-Westfalen investiert worden wären.

Das war auch richtig so. Der infrastrukturelle Nachholbedarf war im Osten enorm hoch.

Aber der Solidarpakt II, der die ostdeutschen Bundesländer

(Unruhe – Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!)

mit Bundesergänzungszuweisungen unterstützt, läuft noch bis 2019. Wir brauchen heute eine Debatte, den bestehenden Solidarpakt auch auf bedürftige Regionen in Westdeutschland auszudehnen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf in der Tat keine leere Phrase sein. Dort, wo Erwerbslosigkeit, Produktivität, Industriedichte oder die demografische Entwicklung ähnlich gelagert sind wie in Teilgebieten Ostdeutschlands, muss der Bund helfen. Wir wollen den Solidarpakt nicht abschaffen oder Ost gegen West ausspielen. Wir wollen den Solidarpakt II zu einem wahren Solidarpakt für Ost und West umbauen.

(Beifall von der LINKEN)

Hier ist die Landesregierung gefordert, Initiativen zu ergreifen, um im Bundesrat Mehrheiten zu gewinnen – in Ost und West.

Wer viel ausgeben will, weil das sozial und ökonomisch geboten ist, der muss auch die Einnahmen steigern wollen. Die einzig relevante Möglichkeit auf Landesebene ist die Grunderwerbsteuer. Berlin, Hamburg und Sachsen-Anhalt haben den Steuersatz bereits von 3,5 % auf 4,5 % erhöht. In Brandenburg gilt ab Januar 2011 sogar ein Satz von 5 %. Nehmen wir uns daran ein Beispiel. Die Mehreinnahmen werden hierbei nicht im Länderfinanzausgleich verrechnet. Aber Länder wie NRW, die bisher nicht erhöht haben, erleiden aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs sogar leichte Verluste. Im Jahr 2008 waren dies nach Berechnungen unserer Fraktion ca. 10 Millionen €.

Wir werden in Partei und Fraktion die Frage der Grunderwerbsteuer eingehend diskutieren. Ich fordere auch die Fraktionen von SPD und Grünen auf, dies zu tun. Ich hoffe auch, dass auch einmal bei der CDU und der FDP solche Einsichten kommen. Ich sage aber auch: Besser wäre die Einführung der Vermögensteuer, dann könnten wir endlich diejenigen belasten, die nachweislich bei Weitem zu wenig zum Gemeinwesen dieses Landes beitragen.

(Beifall von der LINKEN)

Noch einmal: Die Schuldenbremse ist absurd. Nordrhein-Westfalen müsste dafür seine Primärausgaben real bis 2020 absenken. Wer kann denn so etwas wirklich wollen und verantworten? Zu diesem Irrsinn sagen wir Linken Nein. Wer einen Politikwechsel im Bund will, muss in Nordrhein-Westfalen damit anfangen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben auch große Zweifel, ob die Vorgaben der Schuldenbremse mit den übrigen Vorgaben des Grundgesetzes vereinbar sind. Die Schuldenbremse beschränkt die Haushaltsautonomie der Länder in hohem Maße. Zugleich gesteht der Bundesgesetzgeber den Ländern keine relevanten Befugnisse zur Einnahmeerhöhung zu. Die Landesregierung wäre gut beraten, das einmal juristisch prüfen zu lassen. Die verhängnisvolle Entscheidung von SPD und Grünen für die Schuldenbremse darf nicht dazu führen, die Interessen des Landes gegenüber dem Bund unzureichend wahrzunehmen.

Eine Klage in Karlsruhe gegen die Schuldenbremse oder – wenn es der Koalition lieber ist – gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Länder und ihrer Gemeinden darf nicht ausgeschlossen werden. Die Linke wird die dazu notwendige Debatte fordern.

(Beifall von der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, unsere Haltung zum Nachtragshaushalt habe ich deutlich gemacht: Wir können nicht mit Ja stimmen. Aber da dieser Nachtragshaushalt in der Tat in die richtige Richtung geht, wie ich deutlich gemacht habe, bedeutet das für uns konsequenterweise, dass wir uns der Stimme enthalten werden. Ich, meine Fraktion und logischerweise auch meine Partei hoffen, dass uns die Zukunft einen wirklich grundlegenden Politikwechsel im Interesse der Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentner, der Erwerbslosen und der Jugend bringt. Darum geht es. Darauf hoffen wir. Daran werden wir mitarbeiten. – Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Als nächster Redner spricht nun für die Landesregierung Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde die Opposition zu Beginn meiner Ausführungen gerne einmal fragen, zu welchem Optiker Sie gehen. Das mache ich deshalb, weil ich anschließend einen großen Bogen um diesen Optiker machen werde. Der würde mir nämlich zwei Brillen verpassen, von denen die eine zum Blick auf mich selber gedacht ist: Rosarot, Taka-Tuka-Land, Verklärung, wohin man guckt. Durch die andere Brille betrachte ich die anderen und sehe den Vorhof der Hölle. – Das kann nicht gut gehen. Man sollte gucken, dass man möglichst schnell zu einem wirklichkeitsnahen Blick, auf das kommt, was wir hier zu diskutieren haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das war nach vier Monaten, die wir mittlerweile hier zusammenkommen, nach meinem Fazit der bisher schwächste Auftritt der Opposition in dieser Debatte um die Finanzen des Landes. Das, was wir am Anfang mit „Verstecken“, „Verschieben“ und „Vergessen“ bezeichnet haben und sich mit diesem Haushalt unbedingt ändern muss, müssen wir um zwei „V“ ergänzen, nämlich „Verteufeln“ und „Verklären“.

Soweit es die Linke betrifft, die die Landesregierung allenthalben stützt, will ich zum Verteufeln nur noch ein paar kurze Bemerkungen machen: Lieber Herr Papke, die Regierungsfaktionen brauchen die Zustimmung der Linken nicht, um den Haushalt durchzukriegen. Sie brauchen die Zustimmung der Linken, wenn Sie ihn ablehnen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dass Sie aus jeder Pore den Frust darüber ausschwitzen, es nicht hinzubekommen – wenn Sie einen Antrag einmal gemeinsam abstimmen wollen –, alle Stimmen zusammenzubekommen, um eine Mehrheit zu erlangen, merkt man an jeder Ihrer Ausführungen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Kritik, die wir heute gehört haben, war ein Sammelsurium von Gerüchten und Überschriften. Man hätte heute auch eine Vorlesestunde aus Zeitungen, vom Hörensagen und allem Möglichen machen können. Wenn es darauf ankommt, dass Sie vielleicht einmal das Zitat vortragen, auf das Sie sich eigentlich bezogen haben, passen Sie. Deswegen will ich Ihnen zur Ergänzung sagen: Sie haben zu den Ausführungen der Ministerpräsidentin zur WestLB eine Überschrift vorgetragen. Das Zitat der Ministerpräsidentin, um das es ging, hieß: Ich fürchte, das Fenster der Konsolidierung ist zu! – Ich glaube, es wäre auch schon wieder eine Verklärung, wenn man diese Befürchtung nicht teilen würde.

Zur „Verklärung“ kann ich noch einiges sagen. Zur „Verteufelung“ in puncto Verfassungsbruch werde ich noch kommen. Was für eine Sicht auf die eigene Regierungszeit ist es, wenn man sagt, es habe Konsolidierung gegeben, aber keine Verfassungsverletzung. Wenn wir Verfassungsverletzung so definieren, wie Sie das gemacht haben, Herr Laumann, dass ein Haushalt dann nicht verfassungsgemäß wäre, wenn die Kreditverfassungsgrenze überschritten wird, dann war der Haushalt 2006 nicht verfassungsgemäß, der Haushalt 2009 nicht verfassungsgemäß.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Moment! Sie haben zunächst einmal gesagt: Überschreiten ist schon Verfassungsbruch.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Sie haben gestern hier im Parlament einen Entschließungsantrag gestellt. Ich kann Ihnen nachher

aufzählen, was Sie wieder alles verschoben und versteckt haben, streichen wollten und an Schlussabrechnungen nicht haben wollten, Risiken negieren wollten. Selbst wenn Sie das alles abziehen, kommen Sie zum letzten Satz des Antrags, der da heißt: Für das Haushaltsjahr 2010 kann man mit einer Nettoneuverschuldung von unter 5 Milliarden € rechnen. Das wäre immer noch 1 Milliarde € mehr als die Kreditverfassungsgrenze.

Was wir nicht machen – jetzt kommt der Unterschied, was Sie nämlich nicht berücksichtigt haben, weil Sie uns Mutwilligkeit und Wissentlichkeit gegenüber der Verfassung vorwerfen –: Wir verstoßen nicht gegen das Gesetz. Da hilft immer mal der Blick ins Gesetz. Die Formulierung in Artikel 83 lautet:

„Die Einnahmen aus Krediten dürfen entsprechend den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der Regel nur bis zur Höhe der Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen in den Haushaltsplan eingestellt werden.“

Darüber können wir uns in der Tat streiten. Ich habe ganz deutlich gemacht: Ich lasse mir nicht sagen, es sei im vollen Wissen und bewusst die Verfassung gebrochen worden. Worüber wir uns streiten, sind zwei Fragen.

Die erste Frage lautet: Gibt es eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts? – Die beantworte ich mit Ja, und die beantworte ich auf der Grundlage der Anhörung im Ausschuss mit Ja.

Der zweite Punkt! Wo bislang behauptet wurde und wozu auch schon Urteile gefällt worden sind, dass Vorsorgen, die kreditfinanziert waren, der Wirtschaftlichkeit nicht entsprochen haben, sage ich Zweierlei: Ich vertrete – erstens – die Auffassung, dass eine Vorsorge, die man in den Haushalt einstellt, genauso wenig und genauso viel kreditfinanziert ist wie alle anderen Ausgaben. Denn wo kämen wir hin, wenn wir sagen, dass das, was zusätzlich noch hinten draufkommt, dann nur mit Krediten finanziert ist? – Das können wir genauso gut umdrehen und sagen: Das haben wir mit Steuern finanziert, und andere Dinge sind mit Krediten finanziert.

Es gibt ein ganz einfaches Prinzip, das Non-Affektationsprinzip, welches bedeutet: Die Steuern gehen in den Haushalt ein und dienen der Finanzierung aller Ausgaben und nicht nur ausgewählter, die man anschließend aufteilt in diejenigen, die man mit Schulden finanziert hat, und in die anderen.

Und zweitens: Die Wirtschaftlichkeit ist, Herr Zimmermann, nicht nur deshalb gewahrt, weil dies gerade in einer Tiefzinsphase gelingt, sondern sie ist auch dadurch gewahrt, dass sie überhaupt einen planbaren, wirtschaftlich und finanziell darstellbaren Haushalt für die nächsten Jahre ermöglicht. Dazu kann ich noch einmal sagen: Ja, wir wissen nicht,

wann genau die Garantien gezogen werden. Wir können aber genauso wenig sagen – und das sagen die Experten erst recht nicht –, in welchem Jahr sie nicht gezogen werden.

(Beifall von der SPD)

Ich würde bis heute nicht ausschließen, dass es selbst noch in diesem Jahr, aber auch im nächsten Jahr Ziehungen dieser Garantien gibt. Wir erleben es im Augenblick, dass wir jeden Tag Garantieziehungen hereinbekommen, weil der berühmte Puffer, über den schon mehrfach gesprochen worden ist, aufgebraucht worden ist, sodass wir überhaupt nicht sagen können, ob irgendwo ein Blitz einschlägt. Genau zu diesem Ausgleich und genau zur Sicherstellung, dass wir eben nicht anschließend zu einer Haushaltssperre gezwungen werden, ist es ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und des angemessenen Zusteuerns auf die Schuldenbremse im Jahr 2020, die wir ansteuern und auf die wir uns zubewegen, Risiken nicht laufen zu lassen, die wir einfach nur verdrängen und die wir außen vor lassen, wenn wir Haushaltsplanung betreiben und wenn wir die Schlussabrechnung mit dieser vergangenen Regierung auf die Beine stellen.

Ich finde es, ehrlich gesagt, bedrückend, wenn ich sehe, mit wie wenig Selbstkritik, mit wie wenig Fähigkeit zum selbstkritischen Betrachten der vergangenen Zeit im Haushaltsgebaren Sie zu Werke gehen. Ich kann nur wiederholen: Alles das, was auf diesen Haushalt und damit auch auf die Nettokreditaufnahme aufgesattelt worden ist, sind aufgelaufene Versäumnisse von Schwarz-Gelb in den letzten Jahren, das sind Vorsorgen für diejenigen Dinge, die in den letzten Jahren angestoßen worden sind.

Wir können die Frage gerne einmal klären, was denn in „Phoenix“ drinsteckt, in welchen Jahren denn die faulen Papieren angehäuft worden sind, was für Motive dahinter gesteckt haben. Tatsache ist, dass Sie für diese Risiken trotz der Garantien, die Sie eingegangen sind, die Vorsorgen nicht getroffen haben.

Stattdessen hadern Sie mit dem Wähler. Offenbar – so scheint es – haben Sie ihn für blind gehalten, die Erfolge von Schwarz-Gelb nicht zu erkennen und zu honorieren. Jetzt suchen Sie das Heil im Chaos und sagen sich offenbar: Wenn ich schon keine Mehrheit habe, dann verlegen wir die Debatte eben aus dem Parlament vor die Gerichte – nach dem alten Motto: Wählt uns, andernfalls Prozess am Hals!

(Beifall von der SPD und von Minister Guntram Schneider)

Der Landtagspräsident hat es bereits zu spüren bekommen; jetzt soll es der Haushalt sein, der beklagt wird. Wie viel Sie davon halten, die Auseinandersetzung an diesem Ort zur Sache zu führen, das mag man auch daran sehen, dass es der ehemalige

Ministerpräsident nicht für nötig hält, sich daran zu beteiligen,

(Beifall von der SPD)

sondern dass man lieber darauf wartet, ob man nicht doch hinterher an anderer Stelle bessere Karten hat als da, wo man die Mehrheit verloren hat, wo es am 9. Mai eine Klatsche gegeben hat, weil die Menschen erkannt haben, wo Sie – in Anführungsstrichen – „gespart“ haben, was Sie verschoben haben und welche Lasten Sie ihnen vorenthalten haben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von der CDU: Herr Minister, Sie sind nicht Mitglied des Parlaments!)

Sie müssen das mit sich selbst ausmachen. Aber wenn Sie mich stellen wollen, wenn Sie mit uns diskutieren wollen, dann will ich wenigstens über ehrliche Zahlen reden. Dann titulieren Sie die zusätzlichen Ausgaben nicht als „Wünsch dir was“, sondern wirklich als die Abrechnung von Lasten, die lange Zeit entstanden sind, bevor die rot-grüne Regierung im Juli dieses Jahres an die Macht gekommen ist.

Gibt es die Garantien für die faulen Papiere in der ersten Abwicklungsanstalt nicht? Sagen die Experten, dass sie nie gezogen werden? Gibt es das Verfassungsgerichtsurteil zur Konnexität beim KIFöG nicht? Sagen die Experten, dass das nicht zur Geltung kommt? Gibt es die falschen Berechnungen bei der Verteilung von Mitteln für die Kosten der Unterkunft nicht, die wir jetzt mit Nachteilsausgleich in den Nachtragshaushalt einstellen mussten? Kommen die Investitionen für die U3-Plätze nicht?

Sie sind vom Weg einer ehrlichen Auseinandersetzung so weit abgekommen, dass Sie den Streit wirklich nicht mehr über die Frage suchen, ob die Haushaltsansätze jetzt oder später kommen. Davon haben Ihnen Ihre PR-Berater offenbar abgeraten. Sie ziehen eine Wünsch-dir-was- und eine Tolerierungsdebatte an den Haaren herbei. Sie sehen offenbar wirklich nur die Chance, das Chaos in Ihren eigenen Reihen auf das Parlament und auf das Land zu übertragen.

(Unruhe – Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir haben jetzt mit dem Nachtragshaushalt 2010 in der Tat Rekordschulden angemeldet. Aber jetzt schauen wir uns doch einmal an, was denn der Ausgangspunkt war, von dem wir ausgegangen sind. Unser Ausgangspunkt waren 6,6 Milliarden €. Wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie, dass bei allem Streit über bestimmte Positionen, von denen Sie glauben, dass man sie nicht im Haushalt 2010 ansetzen muss, eine Reihe von zusätzlichen Positionen hinzugekommen wären – ob man gewollt hätte oder nicht – und man hätte feststellen müssen: Auch wenn der

Haushalt einfach laufen gelassen worden wäre, wäre er ein Rekordschuldenhaushalt gewesen.

(Widerspruch von der CDU)

Wir sollten hier nicht damit anfangen, falsche Behauptungen aufzustellen und die Daten, die geplant waren, unter den Tisch zu kehren. Setzen wir einmal bei diesem Haushalt an und machen dann weiter mit dem, was Sie in der mittelfristigen Finanzplanung stehen hatten! Die mittelfristige Finanzplanung – das sagen auch alle aus der Linssen-Zeit im meinem Hause vorliegenden Vermerke – hat zu keinem Zeitpunkt eine Planung enthalten, wonach in der kommenden Legislaturperiode ein Haushalt vorgelegt worden wäre, in dem die Neuverschuldung unterhalb oder an der Kreditverfassungsgrenze gewesen wäre, wie sie Art. 83 der Landesverfassung als eine Möglichkeit beschreibt, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nicht gestört ist.

Schlicht und ergreifend ist aber dieses Prozenspiel nicht hinnehmbar, das Herr Papke hier betreibt nach Churchills Motto: Ich fälsche mir meine Statistik selbst. – Da sollte er lieber beim Kapitän der Titanic bleiben. Davon versteht er, wenn man sich die FDP anguckt, im Moment wahrscheinlich deutlich mehr.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Was jetzt obendrauf kommt, sind aufgelaufene Versäumnisse der alten Regierung, und es sind die verschwiegenen Risikopunkte, die nicht bedacht worden oder vergessen worden sind. Letzteres glaube ich allerdings nicht, wenn man sowohl die interne Debatte verfolgt und sich anschaut, was dazu in den vergangenen Wochen und Jahren beschrieben worden ist.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)**

Diese Schönrechnerei finde ich wirklich ärgerlich. Ich habe gestern im Plenum zugehört, als uns Herr Engel von der FDP vorgetragen hat, dass die höchsten Zuweisungen an die Gemeinden im Jahre 2009, dem Jahr der schwierigsten wirtschaftlichen Lage, durch die schwarz-gelbe Landesregierung erfolgt sind. Da müssen Sie sich einmal fragen, für wie dumm Sie eigentlich die Menschen im Land verkaufen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wissen ganz genau, dass diese Zahl deshalb zustande kommt, weil im Jahre 2009, dem schlechtesten Jahr, auf der Basis des Jahres 2008, also des besten Jahres, die Abrechnung erfolgte. Das den Menschen als eine Leistung des Jahres 2009 darzustellen, ist eine Verdummebeutelung, die man echt nicht mehr toppen kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie berichten uns von den hervorragenden Ergebnissen, die Schwarz-Gelb auf Bundesebene zuwege bringt. 80 Milliarden € im Jahre 2010 – das ist

wirklich eine Rekordverschuldung. Das sind 25 % des Haushaltsvolumens des Bundes. Jetzt geht man herunter auf sage und schreibe 48 Milliarden €. Das wird jetzt wieder mit prozentualen Senkungen von über 40 % dargestellt. Man kommt dann aber immer noch auf einen Betrag, der bei knapp 16 % des Haushaltsvolumens des Bundes liegt. Bei uns sprechen Sie von 20 bis 30 %, die bis zum Betrag von 8,4 Milliarden € aufgestockt werden. Das sind dann 15 % des Haushaltsvolumens des Landes.

Wer so mit Statistik umgeht, hat entweder keine Ahnung von Mathematik – das unterstelle ich Ihnen nicht –, oder er will diese Zahlen missbrauchen, um den Menschen im Land ein falsches Bild zu geben. Ich will die einzelnen Zahlen dazu jetzt nicht mehr nennen.

Ich bestreite überhaupt nicht, dass alle Haushaltspolitiker auf Bundes- oder Landesebene dabei sind, sich wirklich darüber Gedanken zu machen, wie wir eigentlich mit den Notwendigkeiten in einer Gesellschaft, mit ihren Bedürfnissen und Bedarfen umgehen, die die Menschen zu Recht vom Staat erwarten, und wie man sie finanziert. Wenn man das tut, dann wird man feststellen – das ist auch bei Ihnen der Fall gewesen –: Selbst in den besten Zeiten, in denen die Steuerquellen, wie Sie es sagen, sprudelten, kommt man bestenfalls in die Nähe der Situation, keine neuen Kredite aufnehmen zu müssen.

Das kann keine gesunde Finanzierung auf die Dauer sein. Vielmehr muss man sich überlegen, ob man eine Konsolidierung wirklich nur als Sparhaushalt, als Sparmaßnahmen begreift, bei denen man die wichtigsten Leistungen, die der Staat zu geben hat, nicht mehr finanzieren kann und an dieser Stelle kürzen muss. Genau das ist in der Haushaltsplanung des Bundes passiert. Auf der anderen Seite muss man sich Gedanken darüber machen, an welcher Stelle die Einnahmenseite des Staates zu verbessern ist.

(Beifall von Michael Aggelidis [LINKE])

Wenn wir das nicht schaffen, werden wir die Haushalte nicht konsolidieren.

Interessant ist auch, warum Sie immer nur auf einen Betrag, nämlich auf die Nettokreditaufnahme, blicken. Schauen wir uns einmal an, wie sich in den letzten Jahren von 2006 bis 2009 das Haushaltsvolumen, die Ausgaben, sich entwickelt hat. Da war nichts mit Konsolidierung, mit der Sie die Ausgaben im Haushalt gesenkt hätten. Sie sind von 47,8 Milliarden € im Jahr 2006 auf 49,9 Milliarden € im Jahre 2007 gestiegen. Das sind 2,1 Milliarden € mehr. Im Jahre 2008 sind sie um weitere 1,3 Milliarden € und im Jahre 2009 um weitere 1,6 Milliarden € gestiegen. Das Haushaltsvolumen ist also immer weiter gestiegen. Und warum kann man zwischenzeitlich die Nettokreditaufnahme senken? Das kann man nur aus einem Grund, nämlich dem, dass die Kon-

junktur in der Tat einen Höhenflug gemacht hat und die Steuern nach oben gegangen sind.

(Beifall von der SPD)

Doch das können Sie sich als Konsolidierungsleistung Ihrer Finanzpolitik nicht ernsthaft ans Revers heften.

Ich kann nicht alles wiederholen, was ich gestern gesagt habe. Tatsache aber ist: Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht – das zeigen auch die heutigen Agenturmeldungen – ist nicht in Ordnung. Wenn die Kommunen in Deutschland in den ersten drei Quartalen dieses Jahres ein Defizit von 9,2 Milliarden € hinnehmen mussten und das Statistische Bundesamt sagt, dass bei den Steuereinnahmen der Kommunen der wirtschaftliche Aufschwung in den ersten neun Monaten 2010 bislang noch nicht deutlich zum Tragen gekommen ist, dann spricht das doch für sich.

Wenn dann in der zweiten Meldung davon gesprochen wird, dass die Zahl der Empfängerhaushalte für das Wohngeld um 47 % auf 860.000 gestiegen sind, dann spricht das doch auch für sich.

Aus dem Grunde ist der erste Punkt einer, mit dem ich mich gerne dem Verfassungsgericht stelle. Und mit dem zweiten Punkt, ob es nämlich wirtschaftlich ist, in der Weise haushaltspolitisch zu verfahren, wie wir das jetzt tun, stelle ich mich ebenfalls gerne.

Ich appelliere nur an Ihre Vernunft, die Debatte in diesem Haus zu suchen. Das besteht auch darin, dass Sie nicht versuchen, mit der Mehrheit, die Sie nicht haben, sich das vor Gericht auf eine andere Weise zu erkämpfen. Sie sollten das in einer Weise machen, dass Sie nicht das einreißen, was Sie vorher aufgebaut haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das bedeutet: Stellen Sie nicht die Vorsorge infrage, die auch Herr Linssen für die Risiken der WestLB getroffen hat. Stellen Sie nicht die Vorsorge infrage, die wir für die Pensionsempfänger im Land zu Recht aufgebaut haben, sondern bleiben Sie bei einer sachlichen Debatte. Lassen Sie uns eine Abrechnung machen, auch wenn sie Ihnen schwerfällt. Es gibt ja auch für Sie die Möglichkeit, sich zu enthalten und dann einen Neustart zu machen, in dessen Rahmen wir dann über die Haushalte der kommenden Jahre reden werden. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Minister. – Wir sind damit am Schluss der Rednerliste und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen als Erstes über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/932** ab. – Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? –

Wer stimmt dagegen? – Zustimmung bei der Fraktion Die Linke. Alle anderen Fraktionen stimmen dagegen. Habe ich Enthaltungen übersehen? – Nein, ich glaube nicht. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/933** ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Fraktionen der SPD, Grüne, CDU und FDP. Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den Gesetzentwurf Drucksache 15/200 und 15/600 – das ist die Ergänzung – ab. Da eine Rücküberweisung des Gesetzentwurfes nach der zweiten Lesung nicht erfolgte, ist der Gesetzentwurf in der Fassung der gestern angenommenen **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Grundlage. Das ist die **Drucksache 15/900**. Wer möchte diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben? – Fraktion Die Linke, SPD und Grüne.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? –

(Lebhafte Zurufe von der CDU und von der FDP)

Der Gesetzentwurf ist damit bei vier Enthaltungen aus der Fraktion Die Linke **beschlossen**.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Wir stimmen viertens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 15/927** ab. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Fraktionen von FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? – Grüne, SPD und Linke. Enthält sich jemand? – Nein. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

(Zuruf von der SPD: Rüttgers!)

Wir stimmen fünftens über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/934** ab. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Enthaltungen? – Gibt es Einzelne, die ich übersehen habe? – Nein. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über den Gesetzentwurf Drucksache 15/207 ab. Da eine Rücküberweisung des Gesetzentwurfes nach der zweiten Lesung auch hier nicht erfolgte, ist der Gesetzentwurf in der Fassung der gestern angenommenen **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Grundlage. Das ist die **Drucksache 15/901**. Wer möchte diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben? – Fraktionen von SPD und

Grünen. Wer stimmt dagegen? – Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Fraktion Die Linke. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung **angenommen** und in der dritten Lesung verabschiedet.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Einige linke Abgeordnete halten Plakate mit der Aufschrift „Mehr soziale Gerechtigkeit“ hoch. – Zurufe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, können Sie bitte die Plakate runternehmen. Das ist unparlamentarisch. Ich lese Ihnen jetzt vor, was möglich ist. Nach § 46 der Geschäftsordnung gibt es eine Erklärung ...

(Lebhafte Zurufe von der CDU und von der FDP – Glocke)

– Wäre es jetzt vielleicht möglich, dass ich die Erläuterung für die Fraktion Die Linke vorlese?

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das Verfahren ist unparlamentarisch. Sie können eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Die können Sie zu Protokoll geben oder nach Schluss hier vortragen. Nach § 46 können Sie das alles machen; aber das, was Sie jetzt gemacht haben, können Sie nicht.

(Ralf Witzel [FDP] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Herr Witzel, zur Geschäftsordnung.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Ich verstehe, dass Sie gerade in den letzten Minuten mit einigen Aktivitäten im Plenarsaal, mit denen wir konfrontiert worden sind, beschäftigt waren. Wir haben aber – und „wir“ heißt die Fraktionen von CDU und FDP – bewusst, um es nicht zu einer solchen spontanen Situation kommen zu lassen, bereits vor einer halben Stunde den Geschäftsordnungsantrag beim Präsidium eingereicht, die Sitzung für eine halbe Stunde zu unterbrechen. Und weil es Usus ist, dass man dem Wunsch, wenn zwei Fraktionen ihn haben, auch folgt, hätte ich die herzliche Bitte, dass wir auch so verfahren können.

(Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN, von der LINKEN und von der Regierungsbank)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Klären wir das noch einmal. Im § 37 der Geschäftsordnung – Unterbrechung und Aufhebung der Sitzung – heißt es im Abs. 2:

„Auf Antrag einer Fraktion kann die Sitzung mit Mehrheitsbeschluss unterbrochen werden.“

Insofern müssen wir darüber in diesem Hause einen Mehrheitsbeschluss herstellen. Wer stimmt also dem Antrag ...